

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag - Redaktionsschluss Sonnabend
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lanke Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3 - Fernsprecher: A 2 Flora 4933

Verlag: A. Lanke Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt
Paul Sinaer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Ankündigungen: Die sechsspaltige Nonpareilzeile bei Arbeitsmarkt.
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Es scheiden sich die Geister

Das kapitalistische System ist durch die seit vielen Monaten wütende Krise ins Wanken gekommen. Die seither das Wirtschaftsleben beherrschenden Kreise versuchen mit untauglichen Projekten, diesen Zustand zu beseitigen. Sie hoffen mit den alten Rezepten, wie früher bei Krisenerscheinungen zur Anwendung gebracht, auch jetzt den kranken Wirtschaftskörper auf die Beine zu bringen. Die gleichen Forderungen, die stets erhoben wurden, wenn es der Kapitalistenklasse schlecht ging, stehen auch jetzt wiederum im Vordergrund. Abbau der Löhne, Verschlechterung sonstiger wirtschaftlicher und sozialpolitischer Fortschritte sollen zur Beseitigung der Krise beitragen. Längst aber weiß die Kapitalistenklasse, daß sie dazu nicht mehr die Kraft hat. Sie braucht Mithelfer, und solche sind ihr entstanden in der faschistischen Bewegung. Mit Hilfe dieser Organisation erhofft die Kapitalistenklasse nicht nur die Durchführung aller ihrer reaktionären Forderungen, sie erstrebt gleichzeitig die Zertrümmerung jener Arbeiterorganisationen, die die Träger des sozialen und wirtschaftlichen Fortschrittes sind. Daher wird die faschistische Bewegung mit Geldmitteln so reichlich unterstützt, daß es ihr möglich ist, eine großzügige Propaganda gegen die Gewerkschaften und ihre Errungenschaften durchzuführen zu können.

In Deutschland hat diese Rolle zur Stützung der kapitalistischen Klasse die Nationalsozialistische „Arbeiter“partei übernommen. Ihre Wahlerfolge, die sie durch die wirtschaftliche Verelendung und der fortwährend ansteigenden Arbeitslosigkeit, nicht nur in den Schichten der Proletarier, sondern auch in den Kreisen der Intellektuellen erreichen konnte, hatten tatsächlich bei den Kapitalisten die Meinung hervorgerufen, daß nur die Nazis imstande sind, die Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei zurückzudrängen. Der von den Nazis geführte Kampf wird mit gemeinen Verleumdungen und mit größter Heftigkeit gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei unternommen. Mit dem Schlagwort: „Beseitigung des Marxismus“ wird in weiten Volkstreifen versucht, der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften alle Schuld zuzuschreiben für die gegenwärtige wirtschaftliche Misere.

Welche Erfolge haben aber die Nazis bei ihrer Verleumdungssagitation zu verzeichnen? Die seit den letzten Reichstagswahlen stattgefundenen Wahlen in einzelnen Freistaaten zeigten uns mit aller Deutlichkeit, daß der Vorstoß der Nazis gegen die Sozialdemokratische Partei vollständig versagte. Er mußte deshalb versagen, weil

längst bei der arbeitenden Klasse bekannt ist, daß die Nazis Gegner der Tarifverträge sind, für den Abbau der sozialen Gesetzgebung eintreten und die freien Gewerkschaften zertrümmern wollen. Von prominenten Führern der Nazis wurden bei industriellen Vereinigungen erklärt:

„Der Nationalsozialismus wird unter Umständen keine Scheu haben, politisch legal gewisse inflatorische Maßnahmen einzuführen. Wir werden niedrigste Löhne festsetzen und zu diesen Lohnsätzen die Arbeitslosen wieder der Arbeit zuführen. Es ist klar, daß für deren Produktion zunächst kein Absatz vorhanden ist. Brachte eine deflatorische Maßnahme die radikale Lohnsenkung und die Arbeiter wieder zur Produktion, so werden inflatorische Maßnahmen, also die Ausgabe von mehr Zahlungsmitteln zunächst die Fortführung der Produktion ermöglichen.“

Wir, die Nationalsozialisten, haben die feste Absicht, das marxistische System der Tariflöhne zu zerschlagen. Die öffentliche Hand wird dann die durch den radikalen Lohnabbau eingetretene Kostensenkung ausnutzen. Der Export wird ebenfalls sehr gefördert werden, da er ohne Rücksicht auf den Lebensstandard forciert werden wird. Hitler wird den Marxisten die Ansicht „Eigentum ist Diebstahl“ mit dem Knüttel austreiben.“

Abgesehen von dem wirtschaftlichen Blödsinn, der aus der geistigen Einstellung der Nazis entspringt, ist der fränkische Haß gegen die Arbeiterschaft hervorzuheben. Es kann daher unmöglich erwartet werden, daß die Arbeiterschaft einer solchen Partei in den Sattel hilft, die die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft zertrümmern will.

Die Nazierfolge bei den Wahlen wirken sich nach einer ganz anderen Richtung aus, wie erwartet wurde. Der Ansturm gegen die Sozialdemokratische Partei ist vollständig zerschellt. Die da und dort eingetretenen Verluste an Stimmen gegenüber früheren Wahlen sind nicht von den Nazis aufgesaugt worden, sondern von der Kommunistischen Partei. Eingetreten ist jedoch, daß die bürgerlichen Parteien durch die Nazis fast vollständig zertrümmert wurden. Darüber geben uns die Wahlen in Hessen einen sehr guten Anschauungsunterricht. Die Parteien der Großindustriellen bis herab zu dem Mittelstand sind fast vollständig aufgerieben worden. Nicht der Einbruch in die marxistische Front ist gelungen, sondern die Zertrümmerung der reaktionären bürgerlichen Parteien, die seither in ihren Grundanschauungen den Nazis sehr nahe gestanden haben. Das hat sich sicher der frühere Malergeselle Hitler nicht träumen lassen, daß er mit seinen Gardien die Kraft besitzt, das soziale rückständige Bürgertum um die Fahne seiner Nationalsozialistischen „Arbeiter“partei zu scharen. Es war auch nicht der Zweck seiner rüden Drauf-

gängerei, er wollte doch die Sozialdemokratische Partei mit den freien Gewerkschaften treffen.

Wir begrüßen diese Tatsache, denn sie wird nunmehr bestimmt den Hand- und Kopfarbeitern und Intellektuellen die Augen öffnen, daß der Weg ihrer Partei anders bestimmt ist wie sie erhofften. Die Nazi-partei ist heute zu einem Sammelbecken aller unzufriedenen Elemente und aller durch die Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogenen Personen geworden. Ein solcher Brei ohne Ziel und Ideale kann nicht dem Sozialismus Schaden zufügen. Der Arbeiter wird niemals hoffen dürfen, daß die Nazis, in deren Reihen sich Prinzen, ausgerangierte Generale und Offiziere, reaktionäre Kapitalisten, arbeiterfeindliche Agrarier und zünftlerische Mittelständler befinden, ihm zu seinem Recht verhelfen werden. Dieses Konglomerat mit weit auseinandergehenden Meinungen und Ansichten kann unmöglich zur Macht kommen, es wird in sich selbst zusammenbrechen müssen. Wer hätte gedacht, daß sich in der kurzen Zeit dieser Umschwung vollziehen würde? Er mußte aber eintreten. Durch die Zweispaltigkeit der Nazis können höchstens verärgerte Menschen angelockt werden ohne Ideale, ohne Zielrichtung.

Soviel steht heute bereits fest, daß die Nazis ihr Ziel nicht erreichen werden. Ihnen steht neben den Arbeiterparteien noch die stärkste bürgerliche Zentrums-partei geschlossen gegenüber. Das Zentrum vereinigt eine große Anzahl Anhänger aus den proletarischen Schichten, die, wie die sozialdemokratischen Arbeiter, nie mit den Nazis zusammengehen können. Der in der Zentrums-partei stehende Arbeiter ist sich mit dem sozialdemokratischen Arbeiter einig, daß eine Zertrümmerung der Gewerkschaften unbedingt verhindert werden muß. Der christliche Arbeiter kämpft mit seinem Klassengenossen in der freien Gewerkschaft ebenfalls um die Durchführung der Tarifbestimmungen. Diese Front zu durchbrechen wird den Nazis nie gelingen.

Durch die letzten Wahlen sehen wir klarer als früher. Für die freien Gewerkschafter ist nunmehr die Zeit gekommen, wo sie mit größter Anstrengung bei der großen indifferenten Masse mit der Aufklärungsarbeit einsehen müssen. Hier muß Klarheit geschaffen werden über das, was die Nazis gegen die Arbeiterschaft planen. Wer für die Aufrechterhaltung der Tarifverträge ist, wer gegen die wirtschaftliche Versklavung der Arbeiterschaft ist, der kann unmöglich einer solchen Partei angehören, die nur der kapitalistischen Klasse, den Todfeinden der Arbeiter, Dienste leistet. Schafft Aufklärung in allen Kreisen, und bald wird die aufgeblähte Nazi-partei in sich selbst zusammenfallen.

Reichskonferenz der Süßwarenarbeiter

Am 15. November nahm eine in Berlin stattgefundene Reichskonferenz von Vertretern der Beschäftigten in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie zu dem in Nr. 46 der „Einigkeit“ bekanntgegebenen Lohnschiedspruch Stellung. Anwesend waren 42 Kollegen und Kolleginnen.

Kollege F i h berichtete über die Vorgänge, die zu diesem Schiedspruch eines 4prozentigen Lohnabbaues führten. Er bemerkte, daß die Unternehmer etwas ganz anderes vom Schlichter erhofften, denn in diesen Kreisen bestand die Erwartung, daß diesmal der Lohn um mindestens 20 Proz. abgebaut werden müßte. Bei einer solchen Einstellung konnte von unseren Unterhändlern nicht erwartet werden, daß die Unternehmer soviel soziale Einsicht aufweisen und erkennen werden, daß bereits die Löhne der Beschäftigten in der Süßwarenindustrie am niedrigsten stehen. Wie im allgemeinen, so mußte auch bei dem Unternehmertum in der Süßwarenindustrie die Feststellung gemacht werden, daß es sich alles Heil zur Beseitigung der Wirtschaftskrise von einer Lohnsenkung verspricht.

Unter dieser Stimmung war es nicht möglich, unsere Forderung, keinen Lohnabbau vorzunehmen, zur Geltung bringen zu können. Die Reichskonferenz mußte nunmehr entscheiden über Annahme oder Ablehnung. Der Verhandlungsvorstand kam nach reiflicher Überlegung zu dem Beschluß, der Konferenz die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen, obwohl er ganz besonders die Meinung vertritt, daß die Löhne der Beschäftigten in der Süßwarenindustrie von allen der Organisation angeschlossenen Berufsgruppen die niedrigsten sind. Es muß aber die Gesamtsituation in der Industrie gewürdigt werden. Wenn auch in einzelnen Betrieben zur Zeit gute Arbeitsgelegenheit besteht, so darf nicht verkannt werden, daß die Weihnachtssaison in wenigen Wochen wieder erledigt sein wird. Dann beginnt das alte Trauerspiel der Betriebsstilllegungen und der Kurzarbeit, bis sich wieder in der Osterzeit eine kleine Belebung Blau schaffen kann. Hinzu kommt die allgemeine wirtschaftliche Depression, so daß alle Ausichten für Kampfmaßnahmen im höchsten Grade ungünstig sind. Gewiß würde es in einzelnen Betrieben möglich sein, den Lohnabbau abzuwehren zu können, jedoch damit würde gleichzeitig das tarifliche Lohnabkommen für viele andere hunderte Betriebe zerfallen werden. Weiter müsse in Betracht gezogen werden, daß in den gegenwärtigen Zeiten die Organisation der Kollegenschaft erhalten werden muß.

In der Diskussion wurden die vom Referenten vortragenen Meinungen in sachlichster Weise gewürdigt. Wie nicht anders zu erwarten war, kamen Stimmungen zum Austrag, wonach durch den Reichstarif in solchen Betrieben, die noch einen guten Geschäftsgang aufweisen, die Betriebsbelegschaften am sozialen Aufstieg gehindert werden. Es sei für diese gut organisierten Kollegen und Kolleginnen nicht länger tragbar, daß sie im Interesse der Indifferenten den Reichstarif noch weiter schützen können. Mit Recht wurde demgegenüber vorgehalten, daß es durch die dauernde Beschimpfung der freien Gewerkschaften gelungen ist, eine große Gleichgültigkeit hervorzurufen. Es sei oftmals beschämend, wie wenig sich die Kollegen und Kolleginnen um ihren Tarif, um ihre gewerkschaftliche Organisation bekümmern.

Allgemein kam aber von beiden Richtungen die Meinung zum Ausdruck, daß dieser Lohnabbau der letzte sein müsse, denn bei einer weiteren Herabsetzung der Löhne würde der Wunsch der Nazis in Erfüllung gehen, daß die Löhne nicht höher sein dürfen als die Arbeitslosenunterstützung.

Kollege F i h konnte in seinem Schlusswort bestätigen, daß die vorgebrachte Meinung, ein weiterer Lohnabbau sei für die Betriebsbelegschaften unerträglich, nur zuträffe. Letzten Endes müsse auch der Süßwarenarbeiter das Existenzminimum gesichert bleiben. Nicht mit Lohnabbau sei die Krise zu überwinden, sondern nur durch die Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen. Es wird sich niemand dazu in unseren Reihen finden, der einen nochmaligen Lohnabbau der Kollegenschaft zur Annahme empfehlen könnte. In der Abstimmung wurde der Schiedspruch gegen 8 Stimmen angenommen.

Ob die Unternehmer aus der Stimmung unserer Reichskonferenz die notwendigen Lehren ziehen werden, das wird sich zeigen, sobald dieser Schiedspruch zum Ablauf kommt. Wir können uns nicht denken, daß in den Unternehmerkreisen auch nur ernsthaft die Meinung bestehen könnte, durch den Lohnabbau kann der Industrie geholfen werden. Wohin sie gekommen sind, ist ihnen sehr gut möglich, selbst festzustellen. Die Schuld an dem Niedergang der Industrie liegt woanders, und immer wieder müssen wir berichten, daß die Unfähigkeit der Leitungen in den einzelnen Betrieben, die hohen Gehälter für das Aufsicht- und Apatreiberpersonal, die nicht nur die durch die Produktion erschaffenen Mehrwerte vollständig aufzehren, sondern sogar alte, gut fundierte Unternehmungen zum Ruin gebracht haben. Solange hier nicht ange setzt wird, ist es ausgeschlossen, daß eine Gesundung in der Industrie eintreten kann.

Ausschneiden!

Was ich wissen muß

Die Feinde der Arbeiterschaft, insbesondere die Schwerindustrie, die Landjunker und die Nazis, lieben es, die Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftsmisere der Sozialdemokratie zuzuschreiben. Sie behaupten, daß die Sozialdemokratie während ihrer 13 Jahre Regierungsherrschaft das deutsche Volk an den Abgrund gebracht habe. Abgesehen davon, daß die Wirtschaftskrise in Deutschland fast ausschließlich zurückzuführen ist auf die Weltwirtschaftskrise und auf große Unfähigkeit kapitalistischer Wirtschaftsführer, ist es leicht, diese Lügen zu widerlegen, wenn folgende Tatsachen beachtet werden.

Die jetzige Regierung Brüning ist das 20. Kabinett seitdem das Kaiserreich in Trümmer ging und die Republik errichtet wurde. Sieht man von der dreimonatigen Tätigkeit der provisorischen Regierung durch den Rat der Volksbeauftragten ab, dann ergibt sich, daß die Sozialdemokratie an den übrigen 18 Regierungen nur bei 10 beteiligt war. Nur bei einer davon, die 3 1/2 Monate amtierte (Reichstanzler Bauer vom 12. Juni bis 3. Oktober 1919) hatte die Sozialdemokratische Partei die Mehrheit. In allen anderen mit ihr gebildeten Regierungskoalitionen war sie nur in der Minderheit vertreten. Die restlichen 8 Regierungen wurden ausschließlich von den bürgerlichen Parteien gebildet.

Mitgliedsbücher in Ordnung bringen!

Am 28. November ist der 49. Wochenbeitrag fällig

Ausschlußreicher als diese Zusammenstellung dürfte die Betrachtung über die Dauer der Regierungsherrschaft der einzelnen Regierungen sein. Die mit der Sozialdemokratie gebildeten Regierungen amtierten zusammengerechnet nur 61 1/2 Monate. Die rein bürgerlichen Regierungen hingegen hatten eine Lebensdauer von nahezu 8 Jahren. Noch deutlicher werden die Lügen widerlegt im Hinblick auf die Zahl der Minister. Es amtierten bisher 228 Minister, davon gehörten der Sozialdemokratischen Partei 53 und den Bürgerlichen mehr als dreimal soviel, nämlich 175, an. Nachstehend folgt eine genaue Aufstellung über die einzelnen Regierungen:

Kabinett	Regierte ab	Gesamtzahl der Minister	Davon	
			Bürgerliche	Sozialisten
1. Rat der Volksbeauftragten	10. 11. 18	Provisor.		
2. Rat der Volksbeauftragten	29. 12. 18	Provisor.		
3. Scheidemann	13. 2. 19	16	10	6
4. Bauer I.	21. 6. 19	13	6	7
5. Bauer II.	3. 10. 19	14	7	7
6. S. Müller I.	27. 3. 20	14	7	7
7. Fehrenbach	25. 6. 20	13	13	—
8. Wirth I.	10. 5. 21	13	9	4
9. Wirth II.	26. 10. 21	13	8	5
10. Cuno	22. 11. 22	14	14	—
11. Stresemann I.	13. 8. 23	14	9	5
12. Stresemann II.	6. 10. 23	12	8	4
13. Marx I.	30. 11. 23	12	12	—
14. Luther I.	15. 1. 25	12	12	—
15. Luther II.	20. 1. 26	11	11	—
16. Marx II.	17. 5. 26	11	11	—
17. Marx III.	28. 1. 27	11	11	—
18. S. Müller II.	28. 6. 28	11	7	4
19. S. Müller (Umbildung)	13. 4. 29	12	8	4
20. Brüning	1. 4. 30	12	12	—

Wer kann angesichts dieser Tatsachen noch von sozialdemokratischer Regierungsmißwirtschaft sprechen. Wenn schon von einer solchen gesprochen werden muß, dann trifft sie in erster Linie die bürgerlichen Parteien. Und diese sind Vertreter derer, die heute am lautesten schreien.

Was will der Wirtschaftsbeirat?

Der von der Reichsregierung eingesetzte Wirtschaftsbeirat prüft durch seine Ausschüsse, wieweit es möglich ist, die Löhne noch weiter als bisher zu senken. Die Lohnabbaustrategen versuchen auch in diesem Wirtschaftsbeirat einen neuen Anlauf an unserer Wirtschaft vorzubereiten, indem die Löhne allgemein auf den Stand von 1927 heruntergeholt werden sollen. Was hat diese, lediglich den kapitalistischen Interessen dienende Politik für einen Zweck, als unseren Wirtschaftsfall weiter zu vergrößern? Die Folgen einer derartigen Radikalkur wären unübersehbar. Es müßte nicht nur der Arbeiter den Schmachtriemen noch enger als bisher schnallen, wenn überhaupt noch ein Loch frei ist, auch unser bischen Wirtschaft würde vollständig zerfallen werden. So war es früher schon und so ist es heute bei unserem latenten Wirtschaftsfall

Aufbewahren!

erst recht. „Hat der Arbeiter Geld, hat's die ganze Welt!“

Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsberatung kann doch nur so verstanden werden, alles zu unternehmen, unserer Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Durch Lohnsenkungen wird das Gegenteil erreicht, und die wenigen Möglichkeiten zum Aufbau unserer Wirtschaft werden zerstört. Die Arbeiterschaft wird zu entscheiden haben, ob sie diesen Unfug weiter mitmacht, denn es geht nicht nur allein um ihre Existenz, sondern um ihre nacktesten Lebensinteressen. In diesem Zusammenhang kann nicht mehr von Vertrauen gesprochen werden, daß die Arbeiterschaft der Regierung entgegenbringt. Der Reichsarbeitsminister hat erst unlängst auf dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt ausgeführt: „Die Auffassung, die in dem einseitigen Sturm auf die Gehälter und Löhne das Allheilsmittel für die Gesundung der deutschen Wirtschaft sieht, lehne ich nachdrücklich ab.“ Es ist unmöglich, alle die wohlformulierten Ministerreden zu zitieren, aber an ein Wort Stegerwalds vom 5. November sei noch erinnert, wonach er erklärte, „der Reallohn muß bei vermindertem Nominallohn erhalten bleiben“. Was haben diese Erklärungen angesichts der Tatsache, daß durch Schiedsprüche und Verbindlichkeitserklärungen ausgesprochene Schandlöhne sanktioniert werden, überhaupt noch zu bedeuten? Ist es nur eine üble Schaumfälschererei, oder dienen sie nur dem Zweck, die Arbeiterschaft bei der Stange zu halten?

Es ist höchste Zeit, diesem unwirtschaftlichen Tun Einhalt zu gebieten! Die Arbeitslosigkeit steigt immer weiter und auch die noch in Arbeit Stehenden verfallen der wirtschaftlichen Verelendung immer mehr. Den Nutzen hat nur das profitlüsterne Unternehmertum, dessen Kapitalertrag immer einträglicher ist. Es entspricht keiner wirtschaftlichen Vernunftgebarung, wenn nur immer wieder durch Lohnabbau die Produktionskosten verringert werden, ohne das der Unternehmergewinn geschmälert wird. Die Lohnabbaubewegung hat Formen angenommen, unsere todtrante Wirtschaft unter kultureller und wirtschaftlicher Vernichtung der Arbeiterschaft aufzubauen. Dieses Mißverhältnis wird und muß fehlschlagen. In jedem modernen Industriestaat bilden die Arbeiter- und Konsumentenschaft das wirtschaftliche Rückgrat. Wird es gebrochen, dann bleibt ein lebloses Körper zurück. Macht der „Wirtschaftsbeirat“ weiter in dieser fürchterlichen Lohnabbaupolitik, dann hat er schnellstens zu verschwinden! Für die Arbeiterschaft aber sind starke Gewerkschaften mehr denn je notwendig!

Drohungen

gegen das Nachtbackverbot

In den kürzlich stattgefundenen Beratungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses im Reichstag über die Osthilfe wurde auch die Brotpreisfrage in die Debatte hineingezogen. Zum größten Erstaunen aller führte Ministerialdirektor Dr. Bose unter anderem aus: „Die Reichsregierung wird selbstverständlich alle ihre Bemühungen darauf richten, daß der im Gesetz vorgesehene Brotdurchschnittspreis erreicht wird. Die in dieser Beziehung bereits eingeleiteten Maßnahmen versprechen baldigen Erfolg. Dies gilt insbesondere von den Maßnahmen zur Verbilligung des Brotpreises für die Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger sowie von der Einwirkung auf die Bäckerbruttoverdienstspanne in den großen Konsumplätzen des Reiches, in denen diese Spannen noch überhöht sind. Erwogen wird auch eine teilweise Lockerung des Nachtbackverbotes für diejenigen Betriebe, die sich durch Senkung der Spanne in erforderlichem Ausmaß bereit finden. Für den Fall aber, daß diese Einwirkungen nicht den erhofften Erfolg haben sollten, sind weitere Maßnahmen in Vorbereitung.“

Diese Mitteilung muß größtes Befremden hervorrufen. Mit welchem Recht kommt der Reichsernährungsminister wiederum darauf zurück, daß durch eine Lockerung des Nachtbackverbotes eine Möglichkeit zur Senkung der Brotpreise bestehe? Hat der Minister sich nicht das Material angefordert von den Sitzungen im Reichswirtschaftsrat, wo eingehend und speziell zu dieser Frage Stellung genommen wurde. Ihm mußte doch bekannt sein, daß deshalb die Zulassung der drei Schichten in den Großbetrieben abgelehnt wurde, weil nicht erwiesen war, daß dadurch eine Senkung des Brotpreises eintreten kann.

Nun wird erneut versucht, durch eine Lockerung des Nachtbackverbotes die überspannten Getreidebölle zu sichern. Wir werden selbstverständlich auch diesem neuen Vorstoß gegen unsere wichtige sozialpolitische Errungenschaft mit größter Schärfe entgegenzutreten. Hat wirklich der Reichsernährungsminister nichts Besseres zu tun als auf die Beseitigung wichtiger sozialer Errungenschaften für einzelne Arbeitergruppen hinzuwirken, weil er von seinen untergeordneten Dienststellen einseitig beeinflusst wird? Es ist höchste Zeit, daß dieser Spielart ein Riegel vor-

geschoben wird und andere Wege beschritten werden zur Sicherung billigen Brotes. Nicht durch die Befreiung des Nachtbrotverboles kann dem Brotwucher zu Leibe gerückt werden, sondern dadurch, daß endlich mit der Liebesgabenpolitik in die Agrarier Schuß gemacht wird.

Kurzarbeit in der Brauindustrie

Die Zahl der Kurzarbeitsabkommen in der Brauindustrie hat seit unserer letzten Berichterstattung erheblich zugenommen. So wurde in Königsberg und Jastrow die 40-Stunden-Woche vereinbart. Aus- und den übrigen ostpreussischen Brauereien vertraglich festgelegt worden. In Kiel, Flensburg und Neumünster ist die vierzigstündige Arbeitszeit ebenfalls eingeführt worden. In dem Abkommen für Mecklenburg ist ebenfalls der Mittwoch als Aussehtag festgesetzt mit der Maßgabe, daß die in der Mälzerei beschäftigten Arbeiter auch an einem anderen Wochentag aussetzen können. Die in ununterbrochener Wechselschicht tätigen Arbeiter arbeiten 42 Stunden. Weitere Kurzarbeitsabkommen wurden getätigt in Jever, Goslar, Graslleben, Oberhessen, Lahngau und Dillkreis, in Fürstenwalde und Frankfurt a. d. Oder. Ihr Inhalt ist mit einigen Abweichungen der gleiche. Bezeichnend ist, daß es trotz der nunmehr aus fast allen Teilen Deutschlands vorliegenden Kurzarbeitsabkommen noch Brauereientnehmer gibt, die, obwohl sie Kurzarbeit eingeführt haben, von einer vertraglichen Festlegung der Kurzarbeit nichts wissen wollen. Auch der Mittelbadische Brauereiverband gehört dazu. Unfällig einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium über die Einführung der Kurzarbeit in den Brauereien wurde von dem Syndikus dieses Verbandes Verhandlungswillen an den Tag gelegt. Eine kurze Zeit später erfolgte Aussprache zwischen den Tarifparteien, führte jedoch zu keinem Ergebnis. Nun ist es nicht so, als ob in den mittelbadischen Brauereien Kurzarbeit nicht notwendig wäre. Im Gegenteil. Es wird kurzgearbeitet, und zwar so, wie es der einzelne Unternehmer für richtig hält. Daß bei dieser Methode wenig Rücksicht auf die Arbeiterschaft genommen wird, braucht nicht betont zu werden. Aber auch dem Mittelbadischen Brauereiverband wird es beigebracht werden, daß die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter vertraglich geregelt werden müssen. Es darf, auch wenn die Brauereien unter der Wirtschaftskrise leiden, auf keinen Fall der Zustand eintreten, daß jeder Unternehmer mit seinen Arbeitern umspringen kann wie es ihm beliebt.

Fleischverbrauch sinkt weiter!

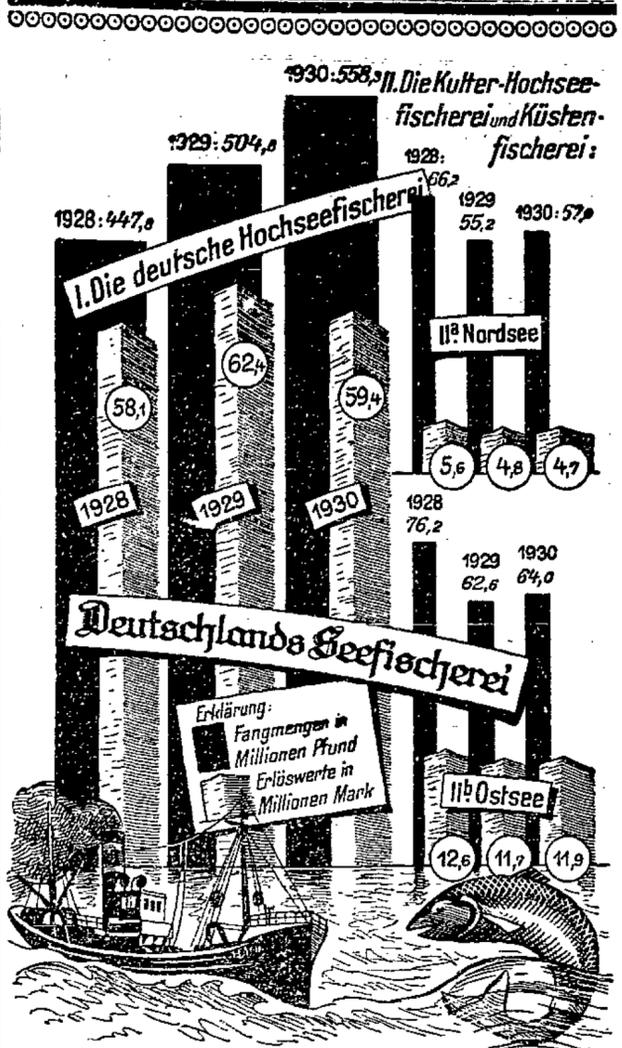
Die katastrophale Wirtschaftslage wirkt sich auch in dem weiteren Rückgang des Fleischverbrauches aus. Nicht nur die unerhörte Arbeitslosigkeit begünstigt den Rückgang stark, sondern auch der jeder wirtschaftlichen Vernunft hohnsprechende Lohnabbau. Je mehr das Einkommen der Konsumenten vermindert wird, um so mehr machen sich Einschränkungen im Güterverbrauch bemerkbar. Diese ganz logische Folgerichtigkeit ist aber noch nicht bis zu den Lohnabbaustrategen durchgedrungen und der Wirtschaft wird langsam der Todesstoß verjett.

Nach dem Statistischen Reichsamt wurden im dritten Vierteljahr folgende beschaulichste Schlachtungen vorgenommen: 81 241 Ochsen, 138 622 Bullen, 371 670 Kühe, 277 362 Jungkinder, 986 405 Kälber, 4 555 410 Schweine und 509 235 Schafe. Mit Ausnahme der Schweine und Bullen sind die Schlachtungen bei Rindern und Schafen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um ein beträchtliches zurückgegangen. Die Schweineschlachtungen sind um eine halbe Million höher, obwohl aber gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1930 noch ein Rückgang von 750 000 vorhanden ist. Das ist ein typisches Merkmal für den tatsächlichen Rückgang des Fleischverbrauches.

Auch die Zufuhr von Lebendvieh in die Seegrenzschlachthäuser und Inlandschlachthöfe hat stark nachgelassen. Die Tendenz, die man hier deutlich erkennen kann, geht dahin, daß die Einfuhr an Lebendvieh bis zur Hälfte, ja teilweise bis zum zehnten Teil zurückgegangen ist, wobei schon im 3. Vierteljahr 1930 die Einfuhren nicht besonders groß waren. Das durchschnittliche Schlachtgewicht betrug in Kilogramm: Ochsen 323, Bullen 310, Kühe 250, Jungkinder 207, Kälber 48, Schweine 84 und Schafe 24. Dabei kommt zum Ausdruck, daß sich das leichte Fleischschwein gegenüber früher mit einer Gewichts Differenz von 6 Kilogramm weiter behauptet. Den Rückgang des Fleischverbrauches zeigt eine Gegenüberstellung des 3. Vierteljahres 1931 mit dem des Jahres 1930. So wurden 1930 6 711 527 Doppelzentner gegen 5 901 643 Doppelzentner im Jahre 1931 aus gewerblichen Schlachtungen festgestellt. Das Differenzgewicht beträgt 809 884 Doppelzentner. Im 2. Vierteljahr 1931 betrug der Fleischverbrauch 7 324 959 Doppelzentner, so daß gegenüber dem 3. Vierteljahr 1931 ein weiterer Rückgang um 1 423 316 Doppelzentner vorhanden ist. Die weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Verhältnisse läßt befürchten, daß der Fleischverbrauch noch weiter zurückgehen wird.

Gibt es keine Böttcher mehr?

Schon seit Jahren liegt das Böttchergewerbe schwer danieder. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Volkes, der Drang der Brauindustrie und anderer Industriegruppen, sich zu „modernisieren“, wobei dem Holzfaß der Garaus gemacht wurde und an dessen Stelle die „modernen“ Tanks und andere Eisenkästen traten, haben es mit sich gebracht, daß von einer Neuanschaffung von Lagerfässern und Bottichen, ja selbst von Transportgefäßen kaum noch geredet wird. Die Faßfabriken liegen still, Hunderte von Meistern hungern und fristen ihr Leben nur noch mit kleinen Reparaturen. Von den von uns erfaßten Böttchern waren im Monat September 27,6 Proz. arbeitslos, von den Kurzarbeitern gar nicht



Die Bedeutung der deutschen Seefischerei für die Volksernährung ist bekannt. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt die Bildstatistik, in der die Fangmengen und die Verkaufswerte von 1928 bis 1930 dargestellt sind. So wie der deutsche Hochseefischer unter Island und hinter dem Nordkap oft genug in seinem schweren Beruf Kämpfe auf Leben und Tod jährlich ihre Opfer an Menschenleben und Fahrzeugen. Die vielen Millionen Pfund Seefische, die Deutschlands Fischwirtschaft jährlich auf den Markt bringt, kommen aber nur zum kleinsten Teil auf den Tisch des Konsumenten. Oft müssen bei starken Anfuhrten infolge der Preispolitik der Fischgroßhändler und der Frachtpolitik der Reichsbahn gewaltige Mengen wertvolle Seefische in den Fischmehlfabriken zu Viehfutter und Dünger verarbeitet werden, anstatt dem menschlichen Konsum zu billigen Preisen nutzbar gemacht zu werden.

zu reden. Und trotz dieser Erscheinungen muß der Leser der „Deutschen Wein-Zeitung“ glauben, es gebe keine Böttcher mehr, da, wie es scheint, den Winzern und Weininteressenten die Unterbringung der diesjährigen Ernte ganz besonders große Sorge bereitet. Es war, wie die Verbindungsstelle Frankfurt des Deutschen Landwirtschaftsrates, Weinmarktbeachtung, in einem Rundschreiben berichtet, schwer, überall den erforderlichen Raum zu beschaffen, doch ist dieses nach vielen Mühen gelungen. Kein Wort steht im Rundschreiben von Neuanschaffungen. Man liest nur von Leibfässern, von Einlagern in Kellern und von der Pfalz wird berichtet, daß in den Genossenschaftskellern große, viele tausende Liter fassende Zementfässer eingebaut wurden. Also, die Genossenschaften, in denen sich in der Hauptsache kleine Winzer zusammenfinden und die nicht selten aus Staatsmitteln finanziert werden, unterstützen nicht etwa das Handwerk, nein, sie legen sich große Zementtonnen zu, um Fässer zu sparen. Deutsche, trinkt deutschen Wein! Die Küfer und Böttcher jedoch haben nicht nur kein Geld zum Weintrinken, sondern nicht einmal zum Sattessen. Werden es die Zementarbeiter haben?

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im Oktober

Im Oktober ist eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Verbandes hat sich gegenüber dem Vormonat von 29 761 auf 30 820 und die Kurzarbeit von 56 924 auf 58 386 erhöht. Unter den 43 966 Kurzbeschäftigten in der Getränkeindustrie entfallen rund 25 000 Mitglieder in den Brauereien, für die eine tarifliche Vereinbarung der 5-Tage-Woche besteht; in dieser Industrie ist die verkürzte Arbeitszeit bereits sehr weitgehend durchgeführt. Für die insgesamt 58 386 kurzbeschäftigten Mitglieder war Ende Oktober die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt bis zu 8 Stunden für 44 931, von 9 bis zu 16 Stunden für 8916, von 17 bis zu 24 Stunden für 2353, von 25 und mehr Stunden für 2186 Personen. Wie sich die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf die einzelnen Berufsgruppen unseres Verbandes verteilt, zeigt nachstehende Zusammenstellung:

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	September 1931	Oktober 1931	September 1931	Oktober 1931
Getränkeindustrie	10 198	11 241	41 589*	43 966*
Süßwarenindustrie . . .	5 542	5 205	8 677	7 236
Bäcker und Konditoren	5 769	6 007	2 348	2 552
Fleischer	3 542	3 581	2 484	2 421
Müller	2 097	2 152	591	892
Böttcher und Weinfässer	2 613	2 634	1 235	1 319
Insgesamt	29 761	30 820	56 924	58 386

In den Berichten der Landesarbeitsämter im Reichsarbeitsmarkt-Anzeiger kommt gleichfalls die ungünstige Arbeitsmarktlage in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zum Ausdruck. So wird für das Bäckerei- und Fleischerergewerbe festgestellt, daß die Vermittlungsmöglichkeiten immer geringer werden und sich fast nur auf Aushilfsstellen beschränken. Die Saison in der Süßwarenindustrie brachte auch keine wesentliche Entlastung der Arbeitslosigkeit. In der Fisch- und Fischkonservenindustrie glich die Zahl der Einstellungen und Entlassungen sich aus. Die Andrangsziffer bei den Arbeitsnachweisen (Zahl der Arbeitsgesuche auf je 100 offene Stellen) hat sich im Bäcker- und Konditorgewerbe im Monat September auf 2179 gegenüber 1881 im August erhöht (für Oktober liegen die amtlichen Feststellungen noch nicht vor); offene Stellen 2199, vermittelte 2149; eingetragene Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 47 916; am Schluß des Monats wurden 39 707 Arbeitslose gezählt. Im Fleischerergewerbe entfielen auf je 100 offene Stellen 2005 Arbeitsgesuche, offene Stellen 1257, vermittelte 1238; eingetragene Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 25 209; Ende des Monats waren 20 872 Arbeitslose in den Listen der Arbeitsnachweise vorhanden.

Das Ende der Goldina AG.

Die Schokoladenfabrik Goldina AG. hat kürzlich ihren Betrieb in Bremen geschlossen. Die seither getätigte Warenproduktion wurde dem Stollwerckbetrieb in Berlin überwiesen. Die Betriebsbelegschaft ist zum größten Teil arbeitslos geworden, und nur wenige konnten in der Reichardt-Kakaoabteilung Arbeitsmöglichkeit bekommen. Das ist das Ende eines Betriebes, der bereits über 900 Personen beschäftigt hatte.

Durch die kapitalistischen Konzentrationsbestrebungen ist wieder ein wertvoller Betrieb in der Süßwarenindustrie zugrunde gerichtet worden. Unter dem Titel „Hanseatische Kakao- und Schokoladen-AG.“ wurde diese Gesellschaft im Jahre 1912 gegründet. Bis 1922 firmierte das Unternehmen „Weferwerke, Kakao- und Schokoladen-AG.“, 1922 nahm die Firma den jetzigen Namen an. Das Stammvermögen war in Seebaldsbrück bei Bremen. Die der Gesellschaft gehörenden Grundstücke hatten eine Größe von 27 000 Quadratmeter, wovon 3000 Quadratmeter bebaut sind. Die Schokoladenfabrik selbst hatte eine Arbeitsfläche von 10 000 Quadratmeter. Es sind 312 Arbeitsmaschinen und 62 Elektromotoren in Tätigkeit gewesen. Die letzten Jahre hat die Goldina AG. nicht gut überstanden. Das Geschäftsjahr 1929 wies bereits einen Verlust von 477 000 Mk. aus. Das war auch die Ursache des eintretenden Anlehnungsbedürfnisses und die Mehrheit des Aktienkapitals ging in den Besitz des Schichtkonzerns über.

Das unrühmliche Ende, das der Schichtkonzern durch die Aufzuehung der Reichardt-, Goldina-, Hauswaldt- und anderer Werke genommen hat, haben wir an dieser Stelle eingehend besprochen. Mit dem Zusammenbruch des Schichtkonzerns und der Übernahme der Schokoladenwerke durch Stollwerck kam auch die Goldina AG. in Stollwercks Hände. Stollwerck hatte sich aber damit sein Grab selbst geschaufelt. Nicht lange währte die aufgeblähte Herrlichkeit, und in

*) Hieron für rund 25 000 Mitglieder in den Brauereien die 5-Tage- bzw. 40-Stunden-Woche tariflich vereinbart.

Diesem Sommer ist auch Stollwerck zusammengebrochen. Bekt ist dem Reichardt-Werk, Hauswaldt in Magdeburg, auch die Goldina AG. gefolgt, so daß große Firmen aus der Schokoladenindustrie verschwunden sind.

Wie bei allen diesen Vorgängen sind in erster Linie die Leidtragenden die Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Vorstand und die Aufsichtsratsmitglieder, honette Herren, haben längst ihr Scherlein im trockenen. Es sind keine armen Teufel, sondern Vertreter vieler anderer Aktiengesellschaften, und sie wollen mit ihrem Kapital lediglich Geschäfte machen. So waren in der Goldina AG. nicht nur deutsche Kapitalisten als Aktionäre vertreten, wir finden auch darunter Namen von ausländischen Unternehmen, die haben keinen Schaden von dem Zusammenbruch der Schicht-Werke in Deutschland. Sie haben sich längst gesichert und leben heute herrliche Tage in dem Augenblick, wo in Bremen viele Familienväter nicht wissen, wie sie den Hunger ihrer Kinder stillen sollen.

In allen Zeiten war es so: wenn es der Arbeiterschaft sehr schlecht geht, stürzen sich die Gegner auf sie, um sie noch tiefer in das Elend zu drücken. Bei Goldina AG. waren es die Nazis, die in ihrer unternehmerischen Art nicht größeren Blödsinn zu tun wußten, als für den Goldina-Zusammenbruch unsere Organisation schuldig zu machen. Leute, die früher in unterwürfigster Art um die Betriebsdirektion klabudelten, haben die Stirn, sich nunmehr als Beschützer der Arbeiterschaft aufzuspielen. Wir wissen aber sehr gut, daß die Arbeiterfreundschaft eine gemeine Heuchelei ist. Eine Organisation, die vom Unternehmertum ständig mit großen Geldmitteln zur Durchführung ihrer gewerkschaftsfeindlichen Propaganda unterstützt wird, eine Organisation, die deshalb die Tarifverträge zertrümmern muß, eine Organisation, die die Arbeiterschaft durch die Zertrümmerung der Gewerkschaften in das Sklavenjoch der Ausbeutung auf Befehl ihrer Geldgeber zurücktreiben will, ist nicht wert, daß wir sie ernsthaft beachten. Die Gewerkschaft hat auch in früheren Jahren die gelben unternehmerischen Kläffer abgeschüttelt. Auch die Nazis werden nur so lange bei der Arbeiterschaft Anklang finden, bis die Kollegen und Kolleginnen einsehen, daß sie von dieser Unternehmerrunde nur Unglück, aber keine Hilfe erwarten können. Es wird sich bald zeigen, wer für die nunmehr arbeitslosen Goldinaarbeiter und -arbeiterinnen, soweit sie ihrer Gewerkschaft angehören, sorgen wird. Unser Verband wird ihnen helfend beistehen, zum Aerger der Nazis, die als Beschützer und Retter der Unternehmer bekannt sind.

Noch keine Klarheit bei Schultheiß

Der Verlaß, den der Schultheiß-Pagenhofer-Konzern erdulden mußte, um die Sünden Ragenellenbogens und anderer wieder gutzumachen, hat erfreulicherweise das Unternehmen nicht zur Strecke gebracht. Behindert wurde dies durch die ziemlich hohen offenen und stillen Reserven, die dem Konzern zur Verfügung standen. Inzwischen wurde eingesehen, daß das Biergeschäft von den durch die Ostwerke eingebrachten Zement-, Maschinen- und Glaswerken getrennt werden muß. Gegenwärtig wird von einer vom Aufsichtsrat berufenen unparteiischen Sachverständigenkommission den

Zusammenhängen nachgegangen, die zu dem die deutsche Wirtschaft stark in Mißkredit gebrachten Standal geführt haben. Auch der Staatsanwalt hat sich mit der Angelegenheit befaßt. Seine Prüfung hat zur Verhaftung Ragenellenbogens geführt, trotzdem es nicht an Bestrebungen fehlte, den wirklich Schuldigen als völlig harmlos hinzustellen. Durch die Leistung einer Sicherheit in Höhe von 100 000 Mark wurde die Haft nach wenigen Stunden gegen den Willen des Staatsanwalts bereits wieder aufgehoben.

Durch die Prüfung des Staatsanwalts hat sich auch die Notwendigkeit ergeben, die Voruntersuchung auf die übrigen vier Generaldirektoren des Schultheiß-Konzerns auszudehnen. Auch sie stehen im Verdacht, an Bilanzverschleierungen und sonstigen rechtlich unzulässigen Handlungen mitgewirkt zu haben. Wahrscheinlich wird die Voruntersuchung auch auf die an den Finanztransaktionen beteiligten Bankdirektoren ausgedehnt werden.

Wie aus dem Vorgehen des Staatsanwalts ersichtlich, treffen die anfänglich gehegten Befürchtungen zu, daß an dem Schultheiß-Standal nicht nur ein oder zwei, sondern eine ganze Reihe in der kapitalistischen Privatwirtschaft anerkannter Personen schuld sind. Die weitere Klärung dieses Sumpfes dürfte deshalb noch manche Ueberraschung bringen.

Wie aber auch die Untersuchungen auslaufen mögen, erwiesen ist durch diesen Skandal, daß die kapitalistische Wirtschaft ihre Existenzberechtigung verloren hat. Ihre Vertreter von heute haben nicht das Verantwortungsbewußtsein, was im Hinblick auf die Riesenbetriebe und der von ihnen abhängigen Arbeiterfamilien unbedingt notwendig ist. Sie müssen ersetzt werden durch Personen, die dem Volke gegenüber verantwortlich sind, weil das Wohl und Wehe des Volkes abhängig ist von seiner Wirtschaft. Diese Forderung in die Praxis umzusetzen, dazu ist die Arbeiterschaft berufen.

Beschäftigungsgrad in der Sübwarenindustrie im Oktober 1931

Wie verhältnismäßig wenig die diesjährige Weihnachtssaison die Beschäftigungslage in der Sübwarenindustrie beeinflusst hat, geht aus der unten wiedergegebenen Zusammenstellung für den Monat Oktober hervor. Die Zahl der berichtenden Betriebe hat sich gegenüber den beiden Vormonaten erhöht; in den 215 Betrieben waren Ende des Berichtsmonats 31 920 Personen beschäftigt. Neu eingestellt wurden 1471; auf der andern Seite wurden 814 Entlassungen gemeldet. Die Beschäftigungslage war natürlich nicht in allen Bezirken gleich; 16 Betriebe haben sogar mit Ueberstunden gearbeitet. Dennoch war die Zahl der kurzarbeitenden und teilweise stillgelegten Betriebe ziemlich groß. Der Vergleich mit den letzten beiden Monaten ergibt folgendes Bild:

Monat	Berichtende Betriebe	Zahl der Beschäftigten			Neu eingestellt	Entlassen	Anzahl der Betriebe	
		mannlich	weiblich	zusammen			mit Arbeit	m. teilw. Stillleg.
August	203	7036	18162	25198	1361	579	7 119	10 29
September	206	7519	21031	28550	2794	400	4 101	5 11
Oktober	215	8440	23480	31920	1471	814	16 75	2 11

Der Grad der Beschäftigung war im Berichtsmonat etwas günstiger als in den beiden vorangegangenen Monaten. 26,5 Proz. der Betriebe wurden als gutbeschäftigt, 46,5 Proz. als befriedigend und 27 Proz. als schlechtbeschäftigt bezeichnet. Nachstehend eine Zusammenstellung des Beschäftigungsgrades in den letzten drei Monaten:

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
August	28	5 912	63	7 726	112	11 560
	13,8 %	23,5 %	31,0 %	30,6 %	55,2 %	45,9 %
September	44	9 703	80	11 707	82	7 140
	21,4 %	34 %	38,8 %	41 %	39,8 %	25 %
Oktober	57	8 931	100	17 447	58	5 542
	26,5 %	28 %	46,5 %	54,6 %	27 %	17,4 %

Wer will Inflation?

Zu den größten Verbrechen, die jemals einem Volke zugefügt werden konnten, zählt die Inflation in Deutschland. Sie reiht sich in ihren Auswirkungen würdig an den wenige Jahre vorher stattgefundenen Weltkrieg. Dort haben Millionen Menschen für eine machthungrige Clique ihr Blut vergossen, während die Inflation Millionen Menschen um ihre Spargroschen brachte, zum Nutzen einiger weniger, die sich an der Not des Volkes bereicherten.

Noch sind die Wunden dieser Leidenszeit nicht vernarbt und schon sind dieselben Kreise, für die das Jahr 1923 ein Segensjahr war, mit aller Kraft dabei, ähnliches in Szene zu setzen. Sie steuern bewußt auf die Geldentwertung zu, nur zu dem Zweck, um die durch ihre mangelhafte Wirtschaftsführung notwendig gewordenen Schulden auf andere Schultern abzuwälzen. Diese Kreise haben ihre wirtschaftliche Vormachtstellung dazu mißbraucht, um unter Druck die Reichsregierung zu einem solchen Schritt zu zwingen. Sie haben nicht erreicht, was sie wollten. Nunmehr versuchen sie auf dem Wege des Mißtrauens gegen die deutsche Währung ihr Ziel zu erreichen. Die erste Attacke wurde von dem ehemaligen Reichshankpräsidenten Schacht auf der Tagung der Reaktion in Harzburg geritten. Ihr folgten Presseveröffentlichungen mit mehr oder minder richtigen Darlegungen über die gegenwärtige Situation. Inwieweit sie von Erfolg begleitet sein werden, wird sich erst später übersehen lassen.

Dieses Spiel mit der Lebenseristenz weiter Bevölkerungskreise gilt es anzuprangern. Es wird gespielt von den Großgrundbesitzern, den Herren der Industrie und der Bergwerke, den ehemaligen Fürsten und Generälen und den Nazis. Sie alle haben sich zu einer Front vereinigt, um eine noch stärkere Verelendung des deutschen Volkes einzuleiten mit einer Geldentwertung. Es mag unter den Nazis eine Menge Mittelstandeseritzgen geben, die ihre Ersparnisse durch die Inflation verloren haben. Auch Arbeiter zählen zu den Anhängern dieser Partei, die sicherlich noch heute mit Erbitterung an jene Zeit denken, in der sie für entwertetes Geld arbeiteten. Sie müssen erkennen, zu welcher Infamie sie gebraucht werden sollen. Sie müssen auf die klare Scheidung, die das Kapital zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden geschaffen hat, hingewiesen werden. Es ist unmöglich, für eine Besserung der Verhältnisse zu kämpfen und gleichzeitig mit den Feinden der Arbeiterschaft zu paktieren.

25 Jahre Verrat des gelben Bäckerbundes

III.

Gegen das Verbot der Nachtarbeit.

Als im Jahre 1915 durch Verordnung des Bundesrats die Nachtarbeit in den Bäckereien verboten wurde, lasen wir in Nr. 5/6 des gelben Blättchens auf Seite 36, Jahrgang 1915, folgendes:

„Um der Frage (Verbot der Nachtarbeit) näher zu treten, ist es zunächst notwendig, daß wir uns im deutschen Wirtschaftsleben einmal umsehen. Da gewahren wir überall, wo wir hinsehen, sei es wo es sei, Nachtarbeit und nochmals Nachtarbeit. Wie könnte es auch anders sein? Unser Vaterland ist viel zu dicht bevölkert, als daß alle deutschen Staatsbürger imstande wären, ihren Lebensunterhalt nur in den Tagesstunden zu verdienen. Es muß, wenn uns das Land ernähren soll, notgedrungen die Nacht zur Arbeitszeit herangezogen werden, oder aber wir müßten unseren Bevölkerungsüberschuß, weil keine Nahrung und Erwerb vorhanden, ins Ausland abschieben. Es ist also eine Forderung, welche uns eine Sonderstellung im Wirtschaftsleben einräumen würde. Wenn man nun aber glaubt, diese Forderung im Interesse der Menschlichkeit erheben zu müssen, sollte man sich nicht verhehlen, daß die maßgebenden Behörden zunächst auf andere Berufsarten hinweisen würden, welche doch auch des Nachts arbeiten müssen. Gewiß, die Forderung: Abschaffung

der Nachtarbeit in den Bäckereibetrieben hat viel Bestechliches für sich, und für den oberflächlich Beobachtenden, kann es auch gar nicht schwer sein, die jetzt erlassenen Verordnungen nach dem Kriege einfach beizubehalten. Aber es wäre Kurzsichtigkeit, das Verbot ernstlich fordern zu wollen; denn man darf nicht verhehlen, daß die ganze Gewerbeordnung, ja das gesamte Wirtschaftsleben eine Umwälzung erfahren würde. Denn nach uns Bäckergelesen würden schnell auch andere Berufszweige nicht mehr des Nachts arbeiten wollen. Wie weit das führen würde, ist gar nicht abzumessen. Doch abgesehen davon, es würde auch das „freie Spiel der Kräfte“ erheblich eingedämmt werden. Und nun gewahren wir die merkwürdige Tatsache, daß gerade diejenigen, welche das freie Spiel in keiner Weise gehindert wissen wollen, jetzt in dieser Frage am lautesten ins Horn stoßen: „Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien!“ Und nun fragen wir uns, wann sind diese Rufer ehrlich gewesen? —

Betrachten wir die Forderung von der anderen Seite, und zwar die Stellung des Kleinbetriebes zum Großbetrieb, so können wir wohl sagen, daß, nachdem sich die Wogen geglättet haben, das Kleingewerbe viel schneller und besser über das Nachtbackverbot hinweggekommen ist, als die Großbetriebe. Mancher Kleinbetrieb, welcher bei Erlaß der Verordnung glaubte, seine Pforten schließen zu müssen, hat das Gegenteil erfahren, so daß wir nach dieser Richtung vor

der Hand, ruhig in die Zukunft sehen können, obwohl wir auch der Tatsache nicht blind gegenüberstehen, daß ein Teil der Letztgenannten seine Läden dennoch schließen mußte. Der Grund ist jedoch eher in der neuen Zahlungsordnung als in der Bundesratsverordnung zu suchen. Der Schwerpunkt in dieser Richtung ist jedoch in den Kreisen der Verbraucher zu suchen. Wir glauben nicht annehmen zu können, daß nach dem Kriege die Kundschaft auch mit Kriegssemmeln zufrieden ist, obwohl jetzt so mancher zarte Gaumen im Laufe der Zeit etwas abgehärtet sein dürfte. Hat sich aber die Bevölkerung erst einmal an alte Semmeln gewöhnt, nicht wie es jetzt unter dem eisernen Drucke der Not der Fall ist, sondern wie es notwendigerweise eintreten würde bei einem Verbot der Nachtarbeit nach dem Kriege, kann der Großbetrieb seinen Absatz ins Ungemessene steigern. Und nun kommen wir auf unseren Standpunkt als Förderer des Handwerks. Es läßt sich nicht darüber streiten, ob es vorteilhafter ist, wegen einer Annehmlichkeit seine Zukunft aufs Spiel zu setzen. Denn unsere Zukunft für uns als Handwerksgelesen liegt im Kleinbetrieb, nicht aber in den Riesenbetrieben, wo wir ewig Stückerbeiter, nicht aber Bäckergelesen bleiben würden.

Wir sehen auch hier wieder, worauf diese Forderung hinausläuft. Förderung des Großbetriebes ist auch hier wieder die Losung der-

Brauindustrie im Rundfunk

Im Vortragszyklus „Führende Wirtschaftler zur Gegenwart“ unterhielten sich am 19. November im Berliner Rundfunk Generaldirektor Jäger mit E. W. Abraham über akute Fragen des Braugewerbes. Einleitend wurde darauf hingewiesen, daß das Braugewerbe besondere Bedeutung für die Staats- und Kommunalfinanzen habe, da im letzten Steuerjahr rund 500 Millionen Mark oder ein Zehntel des Reichsetats (ohne Reparationsverpflichtungen) an Reichsbiersteuer und fast ebensoviel an Gemeindebiersteuer vereinnahmt worden seien. Auf die Frage, warum der Bierpreis nicht herabgesetzt worden ist, erklärte Jäger, daß dies nur auf Hopfenzutreff, während Gerste heute noch teurer sei als vor dem Kriege. Aber nicht die Rohstoffe, sondern Löhne und Betriebskosten wären ausschlaggebend für den Verkaufspreis. Daraus ergab sich die Frage nach den Fortschritten im Biervertrieb. In der Antwort darauf legte Jäger dar, daß in Berlin nur 600 Biergeschäpften, die im Großstadtverkehr sich besser bewähren als Autos. Die Unterhaltung der Pferdegeschäpften und — was wieder besonders betont wurde — die hohen Löhne konnten durch Technisierung nicht aufgewogen werden.

Anschließend daran wurde die Frage erörtert, wie hoch der Bierpreis sei und wie er sich zusammensetze. Von rund 50 Mk. pro Hektoliter ab Brauerei entfallen auf die Reichsbiersteuer 12 Mk., auf die Gemeindebiersteuer 10 Mk. und auf sonstige Steuern 2 bis 3 Mk. Dieser überspannte Steuersatz und die durch ihn verursachte Bierpreissteigerung hat einen 40prozentigen Umsatzrückgang verursacht, auf den allerdings auch die schlechte Wirtschaftslage und die Arbeitslosigkeit nicht ohne Einfluß blieb. Ueber die Zusammenfassung des den Brauereien verbleibenden Bierpreises von rund 25 Mk. äußerte sich Jäger, daß dieser in drei gleiche Teile zerfalle, wovon ein Teil an Löhnen und Gehältern gezahlt werde.

Auch auf den Einfluß der Abstinenzbewegung auf den Bierabsatz kamen die Vortragenden zu sprechen. Jäger erklärte hierzu, daß diese auf den Bierabsatz gar keinen Einfluß habe, da das Bier ein Volksgetränk sei. Er wünschte, daß dies im Interesse der Brauindustrie und der Landwirtschaft auch in Zukunft so bleiben möge. Es wurde dann über die deutsche Bierausfuhr und das Alkoholverbot in einigen Staaten des Auslandes gesprochen, das mehr oder weniger seinen Zweck gar nicht erfüllt. Der Rückgang der Bierausfuhr auf die Hälfte der Vorkriegszeit wurde von Jäger auf die Errichtung neuer Brauereien in den Exportländern und die starke Konkurrenz Englands und Hollands zurückgeführt. Die Frage nach dem tschechischen Bier und seinen angeblich heilwirkenden Einfluß konnte Jäger dahin beantworten, daß dieses Bier wohl einen infolge des hohen Hopfenzuhaltes sehr guten Geschmack habe, daß aber von diätetischen Eigenschaften keine Rede sein könne.

Zum Schluß wurden noch die Chancen des Nachwuchses in den Brauereien erörtert und dabei die Frage aufgeworfen, ob dieser etwa Aussicht auf ein besseres Fortkommen habe, wenn in Amerika die Herstellung von Bier wieder zugelassen werde. In Deutschland herrsche jetzt ein Ueberfluß an jungen Arbeitskräften, nachdem in der Nachkriegszeit ein erheblicher Mangel vorhanden gewesen sei. Die Zahl der Beschäftigten sei von 125 000 auf 95 000 gesunken.

jenigen, welche mit ihren Forderungen nie verstummen werden. Die da vorgeben, die Gesellen fördern zu wollen und gerade ihre Feinde im Wirtschaftsleben dabei in Schutz nehmen.

Auch vom gesundheitlichen Standpunkte ist viel über die Nacharbeit gesprochen und geschrieben worden. Und wir, die wir im Zeitalter eines Pettenkofers leben, haben alle Ursache, nach dieser Richtung zu prüfen. Wir sind nicht der Ansicht, daß nun gerade die Nacharbeit als „menschermordend“ usw., mit welchen Ausdrücken sie gewisse Leute oft kennzeichnen, zu benennen ist. Obgleich nicht zu verkennen ist, daß die Nacharbeit bedeutend anstrengender als die Tagesarbeit ist. Daß sie nun durchaus menschenmordend sein soll, haben wir, die wir täglich unter den Verhältnissen gelebt haben, nicht empfunden. Jene Leute jedoch, die diese Worte geprägt haben, haben wohl am allerwenigsten unter der Nacharbeit gelitten. Sei dem wie es sei. Feststellen wollen wir nur das eine, daß unsere Zeit viel zu sehr dem Wechsel unterworfen ist, als daß sich hier mit Bestimmtheit ein Ziel aufstellen ließe. Am allerwenigsten ist jetzt die Zeit dazu angetan, des langen und breiten zu erörtern, wie es nach dem Kriege aussehen soll. Wir halten es für ratsamer abzuwarten, wie es nach dem Kriege aussehen wird. Und dann, wenn wir nicht mehr das Volk in Waffen, sondern wieder das Volk der Denker sind, wird zu erörtern sein, ob das Nachtbackverbot für uns nutz-

Das Verhältnis der Handarbeiter zu Angestellten und Technikern stehe gleich 6 zu 1. Erst ein steigender Bierabsatz werde bessere Verhältnisse hinsichtlich der Arbeitslosigkeit im Braugewerbe schaffen.

Im großen und ganzen dürste dieses Rundfunk-Zweigespräch seinen Zweck erfüllen, obwohl es besser gewesen wäre, den wiederholten Hinweis auf die Lohnhöhe zu unterlassen, wenn nicht gleichzeitig auf die Leistungssteigerung des einzelnen Arbeiters eingegangen wird. Wenn eines ohne das andere erörtert wird, dann muß ein schiefes Bild zustande kommen. Wir wollen nicht hoffen, daß dies gewollt gewesen ist, andernfalls wäre es nicht mehr als recht und billig, wenn ein Berliner Brauereiarbeiter vor dem Mikrophon über seine Tätigkeit berichtet. Dieser dürfte dann bestimmt über manche Dinge anderer Auffassung sein als Generaldirektor Jäger.

Verrat der Konditor-Hirsche

Der Lohn- und Tarifikampf zwischen der Berliner Konditoreninnung und unserem Verbands ist durch das unwürdige Verhalten der Hirsche in ein verschärftes Stadium getreten.

Wie erinnerlich ist, hatte die Berliner Konditoreninnung versucht, durch einseitiges Diktat die Löhne und die sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages in untragbarer Weise zu verschlechtern. Sie ging sogar so weit, den noch bestehenden Lohn- und Arbeitsvertrag durch ungeheuerliche Maßnahmen außer Kraft zu setzen. Das Arbeits- und Landesarbeitsgericht geboten dem geschwägten Treiben durch Erlaß einer einstweiligen Verfügung Einhalt und stellten fest, daß die alten Tariflöhne und die übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages noch in Kraft seien. Durchgeführte Einzelklagen ergaben, daß die Unternehmer, die zu Unrecht einbehaltenen Lohnbeträge nachzahlen mußten.

Der Versuch, seitens unseres Verbandes durch direkte Verhandlungen mit der Innung Berlin zum Neuaufschluß eines Arbeits- und Lohnvertrages zu kommen, scheiterte an dem herausfordernden Verhalten der Konditormeister. Der von den Gewerkschaften angerufene Schlichtungsausschuß nahm am 27. Oktober 1931 zur Streitfrage Stellung, mußte aber verlagert werden, da der Besitzer der Arbeitgeber, Syndikus Dr. Kuhake, nicht erschienen war und die Innung die mündliche und schriftliche Erklärung abgab, nicht verhandeln zu wollen. Die Anwesenheit des Hirsche-Sekretärs als Zuhörer und auch sonstige Beobachtungen ließen die Vermutung zu, daß hier ein falsches Spiel in Vorbereitung sei. Die von den Unternehmern gewollte Vertagung des Schlichtungsausschusses verstärkte diesen Verdacht. Inzwischen kam das falsche Spiel zum Abschluß. Die Hirsche hatten das Lohndiktat der Innung nebst den dazugehörigen unannehmbaren Tarifbestimmungen unterschrieben und damit der Berliner Kollegenschaft einen Lohnabbau beschert der Hungerlöhnen recht nahe kommt. Außerdem sind die Garantielöhne für Ladengehilfen fast ganz beseitigt und die sozialen Bestimmungen über Urlaub und § 616 BGB. bis zu 50 Prozent verschlechtert.

Hänsel von den Hirschen hat die Brosamen, die von dem Herrn Lische fielen untertänigst aufgesammelt und den Kollegen und Kolleginnen ein Danaergehen-

bringend ist in wirtschaftlicher sowie in sozialer Beziehung."

Der Kampf um die Durchführung dieser hochwichtigen Verordnung, wodurch endlich die Bäckergehilfen und -lehrlinge von den Sklavensesseln der kulturschändenden Nacharbeit befreit wurden, blieb unserer Organisation allein vorbehalten. Das war der zweite große Verrat. Der dritte Streich folgt sogleich!

Die Gelben sabotieren den Achtstundentag!

Wie den Bäckermeistern, so ist auch den Gelben jeder soziale Fortschritt ein Greuel. Nur wenn die Gehilfenschaft in der wirtschaftlichen und sozialen Verelendung bleibt, kann der gelbe Weizen blühen. Es wurden daher mit Bäckermeister-Innungen Tarife abgeschlossen, in denen entgegen dem gesetzlichen Achtstundentag die 60 stündige Arbeitswoche vereinbart wurde. Die Kollegen können froh sein, daß die Gelben nicht tariffähig sind, sonst würden diese Schandverträge verbindlich erklärt worden sein. Das haben sie unserer Organisation zu verdanken.

Freuen wir uns, daß die Unternehmer mit den Gelben ihr Ziel nicht erreichen konnten und sorgen wir in den Kollegenkreisen dafür daß die Meister-treuen auch in der folgenden Zeit von allen für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ringenden Kollegen gemieden werden und in ihrer eigenen Schande zugrunde gehen.

berettet. Er hat seine Lattit von 1929 wiederholt und glaubt durch sein Vorgehen sein Ansehen zu stärken.

Sein Ehrgefühl als Gewerkschaftsführer hätte es ihm verbieten müssen, in das laufende Verfahren einer staatlichen Schlichtungsinstanz einzugreifen. Die Arbeitnehmer der Berliner Konditoren werden in nächster Zeit zu dem Streich der Hirsch-Dunder Stellung nehmen, um evtl. durch ein besonderes Schlichtungsverfahren den Streit beizulegen.

Unser Verband wird kein Mittel unversucht lassen, die Schäden wieder zu beseitigen oder zu mildern, die von den Hirschen den Arbeitnehmern zugefügt wurden.

Abgehalftert

Die drei Kommunisten Rühr, Jordan und Schmidt sind vom Arbeitsgericht ihrer Eigenschaft als Arbeiterratsmitglieder enthoben worden. In Nr. 46 der „Einigkeit“ brachten wir eine Zusammenstellung aus Landes- und Reichsarbeitsgerichtsurteilen, wodurch die Gefahren aufgezeigt werden, die entstehen, wenn Arbeiterräte von den gesetzlichen Bestimmungen abweichen und auf Befehl der RSD. handeln. So machten es auch diese drei in einer Betriebsversammlung mit einem RSD.-Redner, der sie zu einer politischen Versammlung stempelte.

Nach der Amtsenthebung berief Jordan eine Sarotti-Betriebsversammlung mit der sonderlichen Tagesordnung „Unser neuer Tarif“ ein. In dieser Versammlung erschienen drei Gewerkschaftsangehörige. Darüber wurden Rühr, Jordan und Pulter furchtbar wütend. Sie tobten wie vom Spieß gestochen und unternahmen einen Versuch, die Gewerkschaftsvertreter entgegen den gesetzlichen Bestimmungen aus der Versammlung zu weisen. Als darüber abgestimmt werden sollte, fiel ihnen das Herz in die Hosen. Die Gewerkschaftsvertreter wurden nun in der schofelsten Weise von Rühr und Jordan beschimpft, bedroht und beleidigt. Durch das Sachver über dieses ohnmächtige Toben wurden sie immer toller. Sie schäumten vor Gehässigkeit; Denkfähigkeit war nicht mehr vorhanden.

Sie gaben den Gewerkschaftsvertretern die Schuld an ihrer Amtsenthebung und schwindelten das Blaue vom Himmel herunter. Jordan wurde Lügen überführt. Den Leuten ist nicht mehr zu helfen. Sie haben sich durch ihre plumpe Ungeschicklichkeit vollkommen festgefahren und schimpften nun in ihrer Ohnmacht über Arbeiterführer und Gewerkschafter, die über dieses Gebaren lachen mußten. Wie sonderbar malt sich in jenen Köpfen die Welt.

Mißglückter Gimpelfang

Eine Versammlung der Fleischer- und Bäckermeister am 6. November in D p p e l n D.-S. beschäftigte sich mit der Errichtung einer Innungsfrankenkasse. Am selben Abend wurden die Gehilfen zu einer Versammlung mit gleichem Thema einberufen.

Die Meisterversammlung war sehr gut besucht, an der Spitze Fleischerobermeister Härtel, Besitzer eines großen Verkaufsgeschäftes, nebenbei Angestellter des Schlachthofbetriebes und zugleich versichertes Mitglied bei der Bez. Ortsfrankenkasse der vereinigten Handwerker in Oppeln D.-S. Das hinderte ihn aber nicht, große Töne über die hohen Verwaltungskosten bei der Bez. Ortsfrankenkasse der Handwerker zu sprechen. Er zog aus mit der Behauptung, daß die Gesellen und Gehilfen keinen Pfennig Beitrag an die neu zu errichtende Innungsfrankenkasse zu zahlen nötig hätten. Die Meister werden in dieser Frage schon den Gehilfen entgegenkommen.

Der Referent, Geschäftsführer des Landesverbandes Schlesiens des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Beckert, führte den Anwesenden sachlich vor Augen, wohin es führt, wenn eine weitere Zersplitterung in der Krankenversicherung herbeigeführt würde. Die BDK. der vereinigten Handwerker in Oppeln besteht 47 Jahre. Sie habe Kriegszeit und Inflation durchgemacht und in der heutigen Wirtschaftskrise werde sie auch glänzend verwaltet. Die persönlichen Verwaltungskosten betragen nur 4,87 Mk. und die sächlichen 1,57 Mk. pro Kopf. So billig kann eine neu zu gründende Innungsfrankenkasse nie und nimmer verwaltet werden. Die Statistiken beweisen, daß Innungsfrankenkassen viel teurer verwaltet werden und höhere Beiträge erheben. So wird in der Statistik der badischen Krankenkassen für 1930 wiederum festgestellt, daß die Einnahmen pro Kopf bei den Ortsfrankenkassen 91,93 Mk. und den Innungsfrankenkassen 98,61 Mk. betragen und daß von den Ausgaben auf Verwaltungskosten insgesamt entfallen: bei den Ortsfrankenkassen 8,50 Mk. und bei den Innungsfrankenkassen 8,91 Mk.

Die Kasse, bei der zurzeit die Fleischer und Bäcker Mitglieder sind, ist gut verwaltet und das Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Rassenvorstand das denkbar beste. Auch hier sind die Klagen der Fleischer- und Bäckermeister unbegründet, wenn sie behaupten, sie hätten kein Mitbestimmungsrecht. Es trifft auch nicht zu, wenn gesagt wird, die Fleischer- und Bäckergehilfen seien gute Nistkos, während die noch in der Handwerkerklasse versicherten Töpfer und Maler die Kasse ungünstig beeinflussen.

Letztere sind in der Mehrzahl in den höchsten Lohnklassen versichert, während seltenerweise die Fleischer- und Bäckergehilfen in der Mehrzahl bei dieser Klasse in den niedrigen Lohnklassen versichert sind. Krankheitshäufigkeit ist im Fleischer- und Bäckerberuf ebenso sehr vorhanden, wie in anderen Berufen.

Die Meister waren sehr ungehalten, als der Referent die Tatsache feststellte, daß die Bäckermeister innerhalb drei Monaten 1203 Mk. und die Fleischermeister 1346 Mk. der Kasse schuldeten. Ein Beweis, wie schwer die neu zu gründende Kasse zu kämpfen haben wird, wenn auch bei dieser das Zahlen der Beiträge vergessen werden sollte, und daß auch sie als Innungsmeister von dem Zwangsbeitragsverfahren sehr oft unangenehm berührt werden.

Die Aufregung der Bäckermeister war aus dem Grunde noch sehr groß, daß man gewagt hatte, auch die Gesellen und Lehrlinge zu einer aufläuternden Versammlung zu laden.

Als die Meisterversammlung beendet war, setzten sich nun die Fleischermeister vor den Saaleingang und kontrollierten ihre Gesellen. Es war ein sehr guter Besuch der Gesellen zu verzeichnen. Die Meister besaßen die Unanständigkeit, sich nunmehr in die Versammlung der Gesellen hineinzusetzen, um sich darüber zu vergewissern, was zu den Gesellen gesprochen wird. Sie sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Es wurde den Meistern ganz unzweideutig ihr unanständiges und anmaßendes Verhalten gegenüber volljährigen Arbeitsgehilfen vor Augen geführt. Das hinderte sie nicht, trotzdem der Versammlung beizuwohnen.

Sie erfuhren, welche Rechte die Gesellen vom Anhören des Gesellenausschusses, bis zum Erlaß der Verordnung über das Abstimmungsverfahren bei Errichtung von Innungsfrankenkassen haben. Den Gehilfen wurde eingehend die Vorschrift über das Abstimmungsverfahren bei Errichtung von Innungsfrankenkassen zur Kenntnis gebracht, und auch wie viele Innungsfrankenkassen wieder geschlossen werden mußten, weil nach Ausführungen ihres Innungsfrankenkassenverbands-Geschäftsführers Dr. Estensfeld es den neu gegründeten Innungsfrankenkassen an erfahrenen Beamten fehle.

Besonders wurde auf einen Artikel in Nr. 5 der „Deutschen Innungsfrankenkasse“ hingewiesen, wonach die Meister angehalten werden, ein ärztliches Gesundheitszeugnis von den zur Arbeit aufgenommenen Gesellen zu verlangen. Wer diesem Verlangen der Innung nicht nachkommt, soll mit Ordnungsstrafen belegt werden.

Als die Aussprache begann und der anwesende Vertreter der Ortsfrankenkasse sich auch als freigewerkschaftlich organisiertes Mitglied bezeichnete, tobte der Chorus der Meister wie besessen und forderte, daß der Redner sofort das Lokal verlassen solle. Wie sorgsam die Innungsmeister darauf bedacht waren, den erschienenen Gesellen nichts zu sagen von der Bedeutung der Zugehörigkeit zu einer guten Gewerkschaft. Die Meister tobten so, daß die geordnete Fortführung der Versammlung nicht möglich war und geschlossen werden mußte. (Warum das schlechte Gewissen? D. R.)

Die Gesellen werden in einer späteren Versammlung die Antwort den Meistern nicht schuldig bleiben. Es ist unerhört, wie in dem Zeitalter des Fortschritts und der Aufklärung hier noch die Gesellen von den Meistern kontrolliert und bevormundet werden. Den Gesellen aber rufen wir zu, wenn sie zur Abstimmung über Errichtung einer Innungsfrankenkasse der Bäcker oder der Fleischer vom Versicherungsamt aufgerufen werden:

„Stimmt mit eurem Stimmzettel mit Nein.“

Bekanntmachungen des Vorstandes

Warnung. Der Deutsche Tabakarbeiterverband macht auf einen Schwindler aufmerksam, der mit ausländischen Mitgliedsbüchern bei den Gewerkschaften versucht, Unterstützung zu bekommen. Der Schwindler hat sich sechs verschiedene Namen zugelegt und ist in der Lage, sich durch gefälschte Mitgliedsbücher auszuweisen. Der Schwindler ist 1,70 Meter groß, bartlos, hat blondes Haar, trägt weißen grauen Hut und hellen Leberzieher. Er spricht gebrochen deutsch. Wir warnen vor diesem Schwindler, und wo er sich vorstellt, ist seine Festnahme durch die Polizei zu veranlassen.

Ausschluss: Auf Antrag der Ortsgruppe Pyritz wird Gustav Gall, Brauereiarbeiter, geboren 11. November 1897 in Groß-Schönfeld, Buchnummer 106 605, wegen Verbandschuldigkeit ausgeschlossen.

Ausgibt erklärt werden die Mitgliedsbücher Nr. 289 831 für Michael Glatt, eingetr. 12. Januar 1919 Rosenheim; Nr. 289 829 für Johann Huber, eingetr. 1. Mai 1906 München; Nr. 274 651 für Joseph Kink, eingetr. 27. Oktober 1911 München; Nr. 255 843 für Franz Lauer Gabeler, eingetr. 2. März 1922 Rosenheim; Nr. 240 038 für Johann Diez, eingetr. 2. Januar 1922 Rosenheim; Nr. 83 261 für Lauer Huber, eingetr. 6. Juni 1928 Rosenheim; Nr. 61 811 für Joseph Leitner; Nr. 59 467 für Joseph Reisch, eingetr. 5. April 1928 Rosenheim; Nr. 58 783 für Franz Hopf, eingetr. 21. Februar 1928 Rosenheim;

Nr. 59 775 für Michael Loy, eingetr. 13. März 1926 Rosenheim; Nr. 99 023 für Max Reidlhuber; Nr. 250 954 für Ludwig Soppel, eingetr. 1. August 1921 Rosenheim; Nr. 314 261 für Anton Hirschlag, eingetr. 21. Oktober 1926 Rosenheim; Nr. 319 035 für Josef Schüller, eingetr. 2. Juni 1927 Rosenheim; Nr. 63 496 für Josef Seemüller, eingetr. 14. Juli 1927 Rosenheim; Nr. 331 178 für Josef Klobber, eingetr. 1. September 1929 Rosenheim; Nr. 331 179 für Georg Wimmer, eingetr. 1. August 1920 Rosenheim, die in Rosenheim gestohlen wurden. Beim Vorzeigen einzulegen und an den Vorstand einzuwenden.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 13. bis 19. November 1931.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin SW 40.

Ortsgruppen:

Gerabronn 100,—, Jägersfeld 33,38, Simenau 180,—, Königsberg in Preußen 41,23, Krakow 140,—, Bochum 2708,98, Wittersfeld 250,—, Reichenbach in Schlesia 200,—, Tharandhausen 96,—, Düsseldorf 97,69, Rosenheim 300,—, Wernigerode 300,—, Deijem 100,—, Eilenburg 200,—, Königsberg in der Neumark 75,—, Frankfurt am Main 115,90, Berlin 15,—, Zellbronn 19,76.

Sonstiges:

Berlin 300,— und 49,22 und 3,80 und 101,35 und 85,99. Randgrün 95,—.

Korrespondenzen

Mainz. In einer Funktionärkonferenz am 12. November sprach Kollege Bader über „Ursachen der Weltkrise und ihre Wirkung auf die deutschen Arbeiter“. Redner schilderte die weltwirtschaftliche Entwicklung in der Nachkriegszeit. Der aufnahmefähige Auslandsmarkt ging Deutschland durch den Krieg verloren. Die früheren Abnehmer deutscher Waren mußten sich andere Produktionsländer suchen oder sie gingen dazu über, ihre Rohstoffe selbst für den Gebrauch zu verarbeiten. Nach dem Kriege ließ sich der Auslandsmarkt nur schwer wieder zurückerobert. Die Reparationsverpflichtungen machten deutsche Ausfuhr notwendig zur Voraussetzung der Zahlungsfähigkeit. Zu den grundlegenden Verschiebungen kamen neue Staatengebilde in Mitteleuropa und die Veränderung der deutschen Grenzen. Durch die Amputation Deutschlands (Verlust von Elsaß-Lothringen, Westpreußen, Posen usw.) gingen wertvolle Rohstofflager verloren. Das Gold wanderte von der Alten in die Neue Welt: Europa wurde der Schuldner Amerikas. Mit der deutschen Inflation setzte die Fehlleitung des Kapitals ein, die auch nach der Stabilisierung der Währung nicht abgestoppt wurde. Deutschland befand sich in einer Scheinkonjunktur. Durch die einseitige Konzentration wurden gesunde und ungesunde Betriebe vereint. Nicht der Fachmann, sondern Bankdirektoren bestimmten nun die Geschicke der Betriebe. Hinzu kam die wahnsinnige Rationalisierung, die die jahrelange Krise ständig verschärfte. Die von der Industrie aus dem Ausland heringekommenen Kredite waren kurzfristiger Art, ihre Festlegung erfolgte ohne Kontrolle. Die Krönung des Unglücks war dann die Reichstagswahl 1930, die den Anlaß zum Abzug von rund drei Milliarden Mark ausländischer Kredite gab. Industrie-konzerne und Banken brachen zusammen, was das Chaos noch vervollständigte.

Zum Lohnabbau führte Kollege Bader aus, daß die Festsetzung des Lohnes, wie aller Preise, in der kapitalistischen Wirtschaft durch Angebot und Nachfrage geregelt wird. Durch den gewerkschaftlichen Einfluß ist es allerdings gelungen, dieses Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland bis zu einem gewissen Grade aufzuheben. Aber für greifbare Erfolge seien doch die wirtschaftlichen Verhältnisse ausschlaggebend. Gute Konjunktur und geringe Arbeitslosigkeit bilden die Grundlagen der gewerkschaftlichen Neueroberungen. Darum appellierte Kollege Bader an die Konkurrenz, auf dem Posten zu sein, damit die Organisation erhalten bleibt und der Rückschlag pariert werden kann. Die Arbeitszeitverkürzung sei ein Akt der Solidarität, der Grundgedanke der Gewerkschaftsbewegung ist. Neueinstellungen seien zwar nicht erfolgt, wohl aber weitere Entlassungen abgestoppt. Kollege Baders Mahnruf an den großen Sinn der gewerkschaftlichen Solidarität wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Mönheim-Hildorf. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Zahlstelle arrangierten die Kollegen einen gemütlichen Abend, der sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Die Kölner Jugendgruppe unter ihrem besten Leiter, Kollegen Müller, sowie tüchtige humoristische Kräfte aus Kölner Stollgefreisen waren erschienen, um den Abend schön und humorvoll zu gestalten. Nach der Begrüßung durch den Zahlstellenvorsitzenden, Kollegen Biehlhüter, führte ein vom Kollegen Müller verfaßter Prolog und Sprechchor in das reichhaltige Programm ein. Kollege Konrad Huber-Köln hielt die Festrede, in der er kurz die Geschichte der Zahlstelle, ihre Kämpfe und Erfolge schilderte. Dann folgten im bunten Wechsel Volkstänze der Jugendgruppe, Hanschen Hack, der kleinste Kölner Humorist, die Kollegen Trimbora und Graj nebst Frau und Anna Müller mit urkomischen Vorträgen. Alle Mitwirkenden verdienen volles Lob. Ein gemütlicher Tanz hielt die Feiernden noch eine Weile zusammen. Die Mönheim-Hildorfer Kollegen werden noch lange des schönen Abends gedenken und sie hoffen, im nächsten Jahr die südekölner Kollegen und die Jugend wieder in ihrer Mitte zu sehen.

Münden. (Streik bei Franke und Gedrath beendet.) Gegen den ausgebrochenen Streik, über den wir in voriger Nummer berichteten, beantragte die Firma

die Verbindlichkeit des Schiedspruchs. In den Nachverhandlungen am 14. November beim Schlichter in Göttingen kam es zu keiner Einigung. Der Schlichter empfahl den Parteien den Schiedspruch abzuändern und an Stelle von 4 Pf. den Stundenlohn um 3 Pf. zu kürzen und die Laufzeit bis 31. Januar 1932 zu verlängern. Die weiteren Differenzen werden von der Firma anerkannt.

Die Belegschaftsversammlung lehnte mit großer Mehrheit den Vorschlag des Schlichters ab und beauftragte die Verbandsleitung, nochmals mit der Firma zu verhandeln, wobei es zu einer freien Vereinbarung kam. Der Betriebsrat wurde anerkannt, und eine Neuwahl vorgeschlagen. Kollege Schrader wird weiterbeschäftigt unter Anerkennung seiner früheren Tätigkeit von 20 Jahren. Der bisherige Lohn wird bis zur Arbeitseinstellung nachgezahlt. Es erfolgt eine Abänderung des Schiedspruches derart, daß bis 31. Dezember 1931 der Stundenlohn um 2 Pf. (73 Pf.) vom 1. Januar 1932 um einen weiteren Pfennig auf 72 Pf. gekürzt wird. Dieses Abkommen gilt auf unbestimmte Zeit und kann frühestens zum 31. Januar 1932 gekündigt werden. Maßregelungen auf Grund der Arbeitseinstellung finden nicht statt. Die Belegschaft stimmte dem zu.

Die Arbeit ist inzwischen wieder aufgenommen. Die Einmütigkeit, mit der der Kampf geführt wurde, legt Zeugnis ab von dem festen Gefüge durch die Organisation.

Osnabrück. 25jähriges Bestehen der Ortsgruppe. Aus diesem Anlaß hatte die Ortsgruppe die Mitglieder zu einer Jubilarsfeier zusammengelernt. Sie war verbunden mit einer Fahnenweihe. Die Ortsgruppe wurde im Jahre 1906 gegründet. Die statliche Zahl von 17 Jubilaren, wovon einige Kollegen dem Verbands 30 Jahre und darüber treu gebient haben, beweist den guten Aufbau. Der Vorsitzende, Kollege Baugel, kann auch gleichzeitig auf eine 25jährige Funktionärtätigkeit zurückblicken. Unter seiner Mitwirkung ist die Ortsgruppe zu einem beachtlichen Gliede im Rahmen des Verbandes getrieben emporgewachsen. Nach langem und schwerem Mühen in der Vorkriegszeit war es auch möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie beschäftigten Kollegen zu schaffen. So hatten sich nun die Verbandsmitglieder mit ihren Familien zu einem schönen Erinnerungsfeste zusammengefunden. Die Festrede hatte Kollege Fruchtnicht-Berlin übernommen. Die neue Verbandsfahne, die sich die Kollegen als Symbol ihrer Zielrichtung und Bestrebungen geschaffen haben, wurde vom Bezirksleiter, Kollegen Wenig, geweiht. Das Fest selbst wurde umrahmt von Gesangsvorträgen des Volkshors und Freilübungen der weiblichen Arbeiterportler. Die Jubilarsfeier fand ihren würdigen Abschluß unter dem Motto: Treue dem Verband.

Gewerkschaftl. Rundschau

Wichtige Beschlüsse des IOB. gegen die Weltkrise. Der IOB. hielt in Berlin eine wichtige Vorstandssitzung ab, auf der neben dem Generalsekretär England, Belgien, Frankreich, Deutschland, Dänemark und die Tschechoslowakei vertreten waren. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur auf internationalen Wege geschehen könne, wozu eine internationale Aktion zugunsten der Vierzigstundenswoche durchgeführt werden soll. Gleichzeitig soll das vom Internationalen Arbeitsamt vorgeschlagene Programm großer internationaler öffentlicher Arbeiten und die Aufgaben des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees gefördert werden. Es wurde beschlossen, bei den einzelnen Landeszentralen anzufordern, was bisher zur Bekämpfung der Krise und zur Durchführung der Vierzigstundenswoche in den einzelnen Ländern geschehen sei. Ihnen wird es zur besonderen Aufgabe gemacht, dafür zu sorgen, daß die Frage der internationalen Durchführung der Vierzigstundenswoche in Genf unbedingt zur Verhandlung kommt. Schließlich wurde beschlossen, angesichts der immer bedrohlicher werdenden Lage in der Mandchurei dem Völkerverbund im Interesse der Erhaltung des Friedens zu seinen unternommenen Schritten die Zustimmung zum Ausdruck zu bringen.

Der Vorstand beschloß, eine internationale gewerkschaftliche Weltkonferenz einzuberufen, wozu der amerikanische Gewerkschaftsbund eingeladen wird. Sie soll in der zweiten Januarhälfte 1932 in Paris stattfinden. Falls die Amerikaner dieser Konferenz zustimmen, besteht die Möglichkeit, daß gleichzeitig Vertreter aus Australien, Japan, Indien, Lateinamerika und Kanada an der Weltkonferenz teilnehmen werden.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Weltarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit hat in den von ihr betroffenen Ländern mit Ausnahme von England weiter zugenommen. In England ist die Arbeitslosenzahl infolge der Senkung der Geldwährung auf 2,68 Millionen zurückgegangen. In den Vereinigten Staaten wird von dem dortigen Gewerkschaftsbund die Zahl der Arbeitslosen auf 6,2 Millionen geschätzt. In Wirklichkeit wird sie höher sein. In Japan hat die Regierung die Arbeitslosen in 22 Städten zählen lassen. Es wurden 2,84 Millionen festgestellt. In Frankreich ist nach amtlicher Feststellung die Arbeitslosenziffer der letzten Woche um 10 Proz. gestiegen. Gegenwärtig werden 62 000 Personen unterstützt. Sicheren Schätzungen der

horigen Gewerkschaften zufolge beläuft sich die Zahl der Arbeitlosen auf 500 000 bis 600 000, die der Sturzarbeiter auf 1,5 Millionen. In Oesterreich entfallen die meisten hängigen Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Monats um 200 auf 90 000.

Notendeckung 26,9 Proz. Wie die Reichsbank ausweist, hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln, Schicks, Lombards und Effekten um 448,7 Millionen auf 1351,9 Millionen Mark erhöht. Dadurch hat sich auch der Reichsbanknotenumlauf um 373,1 Millionen auf 4745,9 Millionen auf 421,3 Millionen Mark gesteigert. Die Gold- und deckungsfähigen Devisenbestände haben sich um 12,2 Millionen auf 1275,3 Millionen Mark vermindert. Einzeln gegliedert sind die Goldbestände um 33 000 Mark auf 1145,5 Millionen und die Bestände deckungsfähiger Devisen um 12,2 Millionen auf 130,7 Millionen Mark zurückgegangen. Die Decke durch Gold- und deckungsfähige Devisen ist von 29,4 auf 26,9 Proz. gefallen.

Rückgang der Produktion. Das Konjunkturinstitut veröffentlicht das Ergebnis der Erhebung über den Rückgang der industriellen Produktion. In wichtigen Industriezweigen ergibt sich gegenüber dem Produktionsstand vom Jahre 1928 ein Rückgang von rund 32 Proz. Der Umfang der Warenerzeugung ist demnach niedriger als in der Krise 1925/26; sie ist etwa gleich groß wie die Produktion der Jahre 1922 und 1921. Gemessen an der Vorkriegszeit werden gegenwärtig etwa 30 Proz. Waren weniger produziert als im letzten Vorkriegsjahr. Der Rückgang der Produktion ist jedoch nicht in allen Zweigen gleich groß. Am schwersten getroffen sind die Produktionsgüterindustrien, die 37 Proz. ihrer Warenerzeugung eingebüßt haben. Vor allem die Großmaschinenindustrie ist von diesem Rückgang betroffen. Aber auch die Maschinenindustrie und die Nichtmetallindustrie sind stark in Mitleidenschaft gezogen. In den Verbrauchsgüterindustrien ist die Herstellung von Porzellan, Uhren und Pianos stark eingebüßt worden. Die Textilindustrie konnte sich im Berichtsmont August fast auf der Höhe der Vorjahresproduktion halten. Gegenüber dem Vergleichsmonat 1928 beträgt der Rückgang der Textilwarenerzeugung etwa 15 Proz.

Auch die Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist von dem Produktionsrückgang in Mitleidenschaft gezogen worden. Nachdem sie in den Jahren 1929 und 1930 um ein geringes mehr produziert hat als im Vergleichsjahr 1928, ist die Produktion im Juni 1930 auf 96,3 Proz. zurückgegangen. Neuere Zahlen liegen noch nicht vor. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß diese noch tiefer liegen werden.

Sieben Stunden durchschnittliche Arbeitszeit. Das Institut für Konjunkturforschung hat die tägliche Arbeitszeit festgestellt. Das Resultat ist, daß im August 1931 in der Industrie und im Handwerk im Durchschnitt 5,57 Stunden je Tag gearbeitet wurde. In den letzten vier Jahren betrug die Arbeitszeit im August 1928 7,63, im August 1929 7,72, im August 1930 7,28 und im August 1931 6,97 Stunden je Tag. In den Produktionsmittelindustrien betrug die Arbeitszeit im August dieses Jahres 7,02 und in den Verbrauchsgüterindustrien 6,90 Stunden. Wenn wir die einzelnen Industrien durchgehen, so wurde eine durchschnittliche Arbeitszeit festgestellt: Großmaschinenindustrie 7,01, Metallhilfen- und Walzwerke 6,91, Maschinenbau 7,03, Elektrotechnik 6,33, Fahrzeugbau 6,56, Bauwirtschaft 7,60, Textilindustrie 6,77, Industrien für Hausrat und Wohnbedarf 7,10, Industrien für Kultur- und Luxusbedarf 6,29, Nahrungsmittelindustrie 7,30 und Genussmittelindustrie 6,52 Stunden. Zwischen den einzelnen Industrien bestehen immerhin sehr wesentliche Unterschiede. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 6,29 und 7,30 Stunden je Tag. Das Konjunkturinstitut fügt ergänzend hinzu, daß in der Mehrzahl der Branchen im August weniger als sieben Stunden je Tag gearbeitet wurde. In einzelnen Industriezweigen betrug die tägliche Arbeitszeit sogar weniger als sechs Stunden. Die Arbeitszeit wurde also schon bereits sehr wesentlich verkürzt. In vielen Branchen ist die 40-Stunden-Woche nicht nur erreicht, sondern teilweise erheblich unterschritten.

Unternehmertum

Übermals Bankpleite. Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz (Ludendorff, der Fraktionsvorsitzende der Wirtschaftspartei im Preussischen Landtag, ist Aufsichtsratsvorsitzender) hat am vergangenen Donnerstag ihre Schalter geschlossen.

Welche Schuld an dem Zusammenbruch ihm beizumessen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die Bank mit nur 2 Millionen Mark Aktienkapital 16 Millionen Mark aufwendete, um sich eine Reihe anderer Unternehmen anzugliedern. Weiter wurden Grundstücke über ihren Wert bezichtigt, die dann bei dem fast immer eintretenden Zwangsverkauf aufgekauft werden mußten. Diese Geschäftsführung dürfte natürlich nicht aus der Bilanz ersichtlich sein, weshalb zu Bilanzfälschungen geschritten wurde. Der Staatsanwalt steht hier vor einer Aufgabe, bei der rasches Vorgehen erforderlich ist. Die Leidtragenden sind in erster Linie Gewerbetreibende und Hausbesitzer. Sie werden natürlich nicht verfehlen, dem Margismus die Schuld an dieser Bankpleite zuzuschreiben und zwar nach dem Schema der Nationalsozialisten, denen sie sich schon lange mit Haut und Haar verschrieben haben. Aber gerade die marxistische Sozialdemokratie ist es gewesen, die mit Nachdruck die

Bankenkontrolle forderte. Würde diese Forderung erfüllt, die mittelständlerischen Sparer würden in diesem Falle bestimmt vor Verlust bewahrt worden sein.

Verlogen oder dummdreist? Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 44 wies unter der Schlagzeile „Subventionen der freien Gewerkschaften“ zu berichten, daß „gewisse Einzelheiten darauf schließen lassen, daß für die freien Gewerkschaften öffentliche Mittel bereitgestellt werden“. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ leidet nicht nur an chronischer Ideenlosigkeit, ihr Erfindergeist ist so ausgeprägt, daß sie auch die dümmsten Klagen zu vertreten imstande ist. Auf etwas mehr oder weniger Schwindel kommt es dabei nicht an. Es muß aber um die Tintentulsi ganz besonders schlimm bestellt sein, wenn sie im gleichen Artikel von „16 905 unmittelbaren Gewerkschaftsangehörigen“ orafelt. Das diese Scharlatane die Wahrheit berufsmäßig umbiegen, beweist das Jahrbuch 1930 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1930 Seite 248. Es sind nämlich nicht 16 905, sondern nur 8651 Gewerkschaftsangehörige einschließlich der Büroangestellten in den freien Gewerkschaften bei 4 717 569 Mitgliedern tätig. Zum guten Ton dieser reaktionären Schreiberfälschlinge gehört es, Dinge zu verzapfen, die mit der Wahrheit nicht in Einklang stehen. Sie schwindeln wie die Teufel und fügen aus Prinzip!

Allgemeine Rundschau

Majestätsbeleidigung gegen das souveräne Volk. Der ehemalige spanische König ist wegen Majestätsbeleidigung gegen das souveräne Volk und der militärischen Rebellion vom Staatsgerichtshof zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Falls er jemals wieder spanischen Boden betreten sollte, wird das Urteil sofort vollstreckt. Wenn durch sein Erscheinen der Bestand der spanischen Republik gefährdet wird, soll die Hinrichtung erfolgen. Und in Deutschland?

Deutschlands Einwohnerzahl. Das Reichsinnenministerium hat dem Reichstag eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse in Deutschland überreicht. Danach wird die Einwohnerzahl für das Deutsche Reich ohne Saargebiet mit 64,68 Millionen angegeben. Seit 1900 ist die Zahl der Lebendgeborenen von fast 2 Millionen auf 1 126 800 im Jahre 1930 gesunken. Gegenüber 1930 war im Jahre 1913 der Geburtenüberschuß doppelt so groß, während sich die Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit verringert hat.

Internationales

Das Bäcker- und Konditoren-gewerbe in der Schweiz. Das Ergebnis der letzten Berufszählung bietet außerordentlich interessante Einblicke in die wirtschaftliche Struktur des Bäcker- und Konditoren-gewerbes. Seit dem Jahre 1905, der vorhergehenden Zählung, steigerte sich die Zahl der beschäftigten Personen von 22 466 auf 30 844 oder um 37,8 Prozent. An der Zunahme der beschäftigten Personen nahm besonders die Zentral- und Ostschweiz großen Anteil. Von den ermittelten Betrieben waren 7364 Gemischtbetriebe, also solche, in denen auch Konditorware hergestellt wird, oder andere Betriebe angeschlossen sind. In dieser Betriebsart werden 23 944 Personen beschäftigt einschließlich Betriebsleiter und Verwaltungspersonal. Folgende Aufstellung veranschaulicht das Größenverhältnis dieser Betriebsgliederung nebst der vorhandenen Betriebskraft:

Betriebe	Personen	Beschäftigte	Betriebskraft PS	Kraft-fahrzeuge
1120	1	1120	839	26
3825	2-3	9382	4478	454
1664	4-5	7257	2843	312
661	6-10	4655	1561	195
82	11-20	1135	400	62
11	21-50	271	92	14
1	101-200	124	100	—
Total		23.944	10.313	1065

Die wirtschaftliche Struktur in den Bäckereibetrieben neigt überwiegend nach der kleinsten Betriebsform. Nur 755 Betriebe beschäftigen mehr als 5 Personen. Die starke Verzweigung der Betriebe selbst sichert auch hier diesen Unternehmungen die Aufrechterhaltung längst überlebter Verhältnisse. Die beschäftigten Personen werden ausschließlich in Kost und Logis beim Unternehmer gehalten, neben sonstigen bestehenden zünftlerischen Einrichtungen in der laugen Arbeitszeit und der sieben-tägigen Arbeitswoche. In den Betrieben werden 7457 Arbeiterinnen beschäftigt, weniger bei der Produktion als beim Warenverkauf. Bei dem Gesamtpersonal befinden sich 6791 Betriebsinhaber. 586 Betriebsleiter, 2539 Personen der Verwaltung, 21 kaufmännische Lehrlinge, 5 Personen des technischen Personals, 1625 darunter 606 weibliche und 122 unter 18 Jahren, eigentliches Arbeitspersonal im inneren und äußeren Betrieb, 657 gewerbliche Lehrlinge und 412 gelegentlich tätige Familienangehörige.

Aus dieser Spezialisierung ist recht deutlich die große Verzweigung der Bäckereien und Konditoreien zu ersehen. Für einige Städte wie Zürich, Basel, Bern und Genf möge folgende Feststellung den Beweis für unsere Behauptung erbringen: Vorhanden sind in Zürich 65 Betriebe ohne Konditorei, 255 Betriebe mit Konditorei und 61 reine Konditoreien, in Basel 64 bzw. 122 bzw. 41, in Bern 63 bzw. 102 bzw. 39 in Genf 84 bzw. 87 bzw. 85. In diesen vier Großstädten kommt als Arbeitspersonal in Betracht in Zürich 1016, 200 Lehrlinge und 104 Kraftfahrer, in Basel 588 143 Lehrlinge und 35 Kraftfahrer, in Bern 348, 177 Lehrlinge und 36 Kraftfahrer und in Genf 447, 83 Lehrlinge und 34 Kraftfahrer. In sämtlichen 8226 Betrieben

sind insgesamt 9296 Arbeiter, Gehilfen, Packer, Ausläufer und Chauffeurs, davon 1621 weibliche beschäftigt. Auf jeden Betrieb entfallen Beschäftigte 1,13. Die ungeheuerlich große Zahl von 2956 beschäftigten Lehrlingen oder 36 pro 100 Betriebe beweist, daß auch in der Schweiz eine große Lehrlingszüchtereier vorhanden ist.

Über das Größenverhältnis der Betriebe gibt auch die Feststellung des Durchschnittskundenkreises guten Aufschluß. Auf knapp 500 Einwohner entfällt in der Schweiz ein Bäckereibetrieb, in Zürich auf 650, in Bern 550, in Basel 660 und in Genf 560. Der volkswirtschaftliche Unsinn der gewerbeschädigenden Lehrlingszüchtereier kommt besonders dadurch zum Ausdruck, daß auf jeden zweiten gelernten Gehilfen ein Lehrling entfällt. Es bestehen sogar Kantone, in denen die Lehrlingszüchtereier noch weit über den Landesdurchschnitt hinausragt.

Zusammenfassend wurde durch die amtliche Erhebung auch in der Schweiz festgestellt, daß das Fundament des Bäcker- und Konditoren-gewerbes überaus aus Zwergbetrieben familienwirtschaftlichen Charakters besteht. Demgemäß ist auch die Tatsache zu verzeichnen, daß alljährlich ein großer Teil derjenigen, die diesen Beruf erlernen, durch den Nachwuchs aus dem Beruf verdrängt wird und sich auch für den Schweizer Kollegen keine Aussichten bieten, in seinem erlernten Beruf Stellung zu finden. Die gleiche Erscheinung wie in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern, wo das Bäcker- und Konditoren-gewerbe vornehmlich von Zwergbetrieben beherrscht wird.

Anzeigen

Nachruf!
Durch den Tod wurden uns folgende Kollegen entzogen:
Stefan Bogotowitsch, Brauereiarb., Union-Brauerei, 26.11
Ludwig Bräuner, Böttcher, Invalide
Peter Reff, Brauereiarbeiter, Invalide
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren. 18.40
Ortsgruppe Dortmund

Unserm Koll. **Karl Fuhrbrügge** und seiner lieben Frau zu ihrer am 14. November 1931 stattgefundenen silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. 12,70

Die Kollegen der Dortmund-Ritter-Brauerei, Abt. II, Dortmund-Lütgendorfmund.
Unserm Koll. **Heinrich Purtsche** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 11,80
Die Kolleginnen und Kollegen der Brauerei A. Weberbauer, Leob. Müll.

Unserm Kollegen **Felix Witzel** und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. 12,10
Die Kolleginnen und Kollegen der Wurst- und Konfekt-fabrik Gebr. Hof, Beuthen.

Unserm Koll. **Gen. Erich Schloffer** nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 12,10
Die Kollegen der Ortsgruppe Delsting i. Vogtl.

Zum 25-jährigen Arbeitsjubiläum unserm Kollegen **Alfons Huber**, Biersieder, die herzlichen Glückwünsche.
Die Kollegen der Inselbrauerei und Ortsgruppe Lindau, Bodensee. 12,10

Unserm Kollegen, dem Böttcher **Kurt Göbe** in Bohma, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. 11,50
Ortsgruppe Altenburg.

Folgende Kollegen feiern ihr 25-jähriges Verbandsjubiläum:
Anton Geng, Maschinist, Ritter-Brauerei, Abt. II,
Karl Heemann, Braumeister, Firma Katermann & Co.,
Wilhelm Schriebe, Böttcher
Heinrich Schneider, Brauer, Stiftsbrauerei-Hörde
Unsere herzlichsten Glückwünsche. 17,20
Ortsgruppe Dortmund

Unserm Kollegen **Georg Ohl** sowie seiner lieben Frau nachträglich zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. 12,10
Die Kollegen der Rainiger Aktien-Bierbrauerei.
Unserm lieben Kollegen **Heinrich Schöpper** sowie unserer lieben Kollegin **Elise Müller** gratulieren wir herzlich zur Vermählung. 12,10
Die Kolleginnen und Kollegen der Bärenbrauerei Rainig-Weissenau.
Unserm Kollegen **Karl Kießinger** nebst seiner lieben Frau Marie zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche. 11,80
Die Kollegen der Ortsgruppe Pöschau.
Unserm Kollegen **Jacob Gussdorf** nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. 11,80
Die Ortsgruppe Düsseldorf-Rhein.
Unserm Kollegen **Fritz Höpffter** und seiner lieben Frau nachträglich zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. 12,10
Die organisierten Räder der Brauerei Thier & Co., Dortmund.
Unserer lieben Kollegin **Johanne Heißkamp** nebst ihrem lieben Mann zu ihrer am 31. Oktober stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. 12,10
Ortsgruppe Dönnberg, Sektion Fleischer.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Böttcher, Nahrungsmittel-, Getränke- u. anderer Arbeiter
Allen uns Koll. empfehlen wir angelegentlich den Beitritt zu obiger Kasse. Es ist der beste Schutz gegen wirtschaftl. Not bei Krankheit u. Unfall.
Warum ist eine Zuschußversicherung notwendig?
Durch die letzte Notverordnung ist das Krankengeld auf 50 Prozent des Arbeitsverdienstes herabgesetzt. Ein großer Teil unserer Koll. egen ist durch Lohnabbau u. Kurzarbeit in eine niedrigere Klasse gekommen, so daß sich hierdurch das Krankengeld weiter senkt. Des ferneren ist nicht ausgeschlossen, daß in Kürze eine weitere Notverordnung folgen wird, die eine weitere Verschlechterung der sozialen Unterstützungsleistungen zur Folge haben wird. Alle diese Gründe sprechen dafür, daß es im eigenen Interesse unserer Kollegen liegt, sich durch Beitritt in eine Zuschußkasse hiergegen zu schützen. Der Beitrag ist minimal, so daß er von jedem Kollegen erbringt werden kann. Eintritt bis zum 45. Lebensjahr. Eintrittsgeld 1—Mk.
Beitrag I. Klasse 10 Pf., II. Klasse 60 Pf. pro Woche. Dafür zahlt die Kasse an Krankengeld bis zu 26 Wochen: I. Klasse 6.60 Mk., II. Klasse 9.90 Mk. pro Woche dazu ein Sterbegeld in etwa 70 Orten Deutschlands bestehen Zahlstellen: wo noch keine am Orte ist, wird vom Unterzeichneten jede Auskunft umgehend erteilt, ebenso Gründungs- und Agitationsmaterial umgehend zugestellt. An unsere Kollegen richten wir die Bitte, über die Gründung einer Zahlstelle und Werbung von Mitgliedern einzutreten. Überall muß auch eine Zahlstelle obiger Kasse vorhanden sein.
Albert Kindt, Bremen, Wichmannstr. 4 (Hauptkasse)



FRAUENRECHT



Frauenrecht in Spanien

Das alte Spanien hat die Frau als selbständiges politisches und gesellschaftliches Wesen kaum anerkannt. Die Frau wurde zur Hausälterin des Mannes und zur Kindergebärende erzogen. Fast stets blieb sie ihr Leben lang Mutter möglichst vieler Kinder, ohne jede Aussicht auf eine andere Betätigung, auf einen geistigen Aufstieg. Die Tradition hatte es so gewollt, und die Auffassung von der Tradition war von der Kirche bestimmt. Der Klerus sah in den Frauen sein stärkstes Heer. Er hatte keine Neigung, diese Geschöpfe, die ihm ergebenste Untertanen waren, auf neue kulturelle Bahnen zu führen, deren letztes Ziel doch nur eine Schwächung der kirchlichen Macht gewesen wäre.

Die neue Verfassung, deren Fertigstellung vielleicht noch in diesem Monat zu erwarten ist, greift das Problem der weiblichen Selbständigkeit hauptsächlich von zwei Seiten an: von der des Eherechtes und von der des Wahlrechtes für die politischen und kommunalen Wahlen.

Im Rahmen der kirchlichen Lehre kannte das Königreich Spanien keine Ehescheidung. Das einzige, was schließlich durchzusetzen war, blieb die „Trennung von Tisch und Bett“, mit der die Unmöglichkeit verbunden war, eine neue Ehe einzugehen. Die neue Verfassung räumt mit dieser mittelalterlichen gegenseitigen Versklavung der Geschlechter gründlich auf. Sie legt nicht nur prinzipiell die Möglichkeit der Ehescheidung fest, sondern zeichnet darüber hinaus schon die Grundlinien für das künftige Eherecht außerordentlich genau vor. Wie Mann und Frau durch freien Willen zur Ehe zusammengeführt werden, so sollen sie auch die Möglichkeit haben, sich auf Grund eigenen freien Entschlusses zu trennen. Eine Ehe, die beide Gatten nicht mehr fortzusetzen wünschen, ist nach den schon von der Nationalversammlung gebilligten Bestimmungen der neuen Verfassung zu lösen. Einigen sich die Ehegatten nicht gütlich auf Trennung der Ehe, klagt nur einer von ihnen auf Scheidung, dann soll der Richter „triftige Gründe“ des klagenden Ehegatten für seinen Wunsch, geschieden zu werden, verlangen, bevor er die Scheidung ausspricht. Das bedeutet zunächst einmal die Aufnahme des Prinzips in die Verfassung, daß die Ehegatten selbst darüber zu entscheiden haben, ob sie ihre Ehe fortführen wollen. Sind sie sich in der Ueberzeugung einig, daß ihre Ehe kein Glück mehr für sie bedeutet, dann hat der Staat kein Recht, sie zur Fortsetzung der einmal vor dem Standesbeamten eingegangenen Ehegemeinschaft zu zwingen. Die Ehe ist zur privaten Angelegenheit der Bürger geworden.

Kein anderer bürgerlicher Staat Europas hat bisher eine derart moderne Ehegesetzgebung aufzuweisen! Damit und mit der Annahme anderer Paragraphen über die Gleichstellung der Geschlechter wird die Frau, die im alten Spanien kaum irgendwelche rechtlichen oder geschäftlichen Handlungen ohne Zustimmung des Mannes vornehmen durfte, zum selbständigen Gliede der neuen Gesellschaft.

Die politische Gleichberechtigung wird dem weiblichen Geschlecht durch das Wahlrecht gegeben. Das Landesparlament soll in Zukunft von beiden Geschlechtern nach gleichen Rechten gewählt werden. Jeder Spanier, jede Spanierin hat im Alter von über 23 Jahren auch das Recht, zur Urne zu gehen und ebenso sich wählen zu lassen.

Ueber die Zuerteilung des Wahlrechtes an die Frau ist in Spanien mehr als in anderen Ländern debattiert worden. Die alten Republikaner, die liberalen bürgerlichen Parteien haben von der Anerkennung des Wahlrechtes an das weibliche Geschlecht eine Stärkung des Klerikalismus, der kirchlichen Reaktion, befürchtet. Das erklärt sich aus der

Erkenntnis, wie stark bis in die jüngste Zeit der Einfluß der Kirche auf die spanische Frau geblieben ist. In dem halben Jahre seit Gründung der Republik hat sich das jedoch schon an manchen Orten geändert. An anderen hingegen hat der Klerikalismus die weibliche Seele mit großem Erfolge bearbeitet. Man darf schließlich nicht vergessen, daß die weit überwiegende Zahl der Spanierinnen niemals ein gedrucktes Wort liest, ja, zu einem sehr großen Teile überhaupt kaum das Alphabet beherrscht. Daher stammt die Bedeutung von Kanzel und Beichtstuhl, auch für die politische Meinungs- und Willensbildung der Frau. In der Nationalversammlung fand das auch von den Klerikalen geförderte Frauenwahlrecht die Unterstützung der Sozialdemokraten. Die sozialistische Partei ist die einzige, die den klerikalen Einflüssen eine Organisation entgegenzustellen hat, die auch das weibliche Geschlecht berücksichtigt und einen geistigen Einfluß auf die Masse der Frauen auszuüben vermag. Neuerdings in jüngster Zeit ist eine große Reihe neuer Vereinigungen entstanden, die sich speziell der Heranbildung der Frau widmen und ihr sozialistische Gedankengänge nahezubringen suchen. Für die alten, bürgerlich-republikanischen Parteien allerdings dürfte vielleicht mit der Annahme des Frauenwahlrechtes eine erhebliche Chance für die Zukunft verlorengegangen sein.

ARBEITERFRAUEN

Die Not beherrscht die heutige Zeit,
Kein Trost und kein Hoffnungsschimmer
Trifft die schwache Frau, nur Sorgen und Leid
Und von Tag zu Tag wird es schlimmer!

Am Morgen schweben die Sorgen heran,
Sie huschen durch Türen und Fenster,
Hohlwangig und gierig grinsen sie dann
Wie hungrige, bleiche Gespenster!

Hunger ist furchtbar, ein reißendes Weh —
Viel Kindermäulchen haben kein Brot,
Gram beugt die Mutter, die es muß seh'n,
Wie Siechtum, gar Tod den Kindern droht!

Was ist das Leben der Arbeiterfrau'n,
Eine Kette nur voller Leiden,
Ein Leben voll Ernst, ein angstvoller Traum,
Ein ruh'los, freudloses Treiben!

Euer Kampf um Freiheit wird nutzlos sein,
Er wird lebenslang — ewig währen —
Wenn ihr kämpfen wolltet, ganz allein,
Dann kann niemals Rettung euch werden!

Schließt zum Kampfe den Männern euch an,
Nur in Einigkeit liegt die Stärke;
Was der einzelne nie erringen kann,
Wird vereint einst Wirklichkeit werden!

Jakob Klauer-Köln.

Hitlers „Arbeiter“

Die nationalsozialistische Arbeiterpartei hat neuen Zuzug erhalten. Wie mehrere Naziblätter berichten, sind die baltischen Barone Graf Osten-Sacken, Baron Vietinghoff, Fürst Diebitsch und Graf Sumarokoff, Fürst Diebitsch und Graf Sumarokoff, Mitglieder der Arbeiterpartei geworden. Diese Herren besaßen ehemals die russische Staatsangehörigkeit und sind erst vor kurzer Zeit „Deutsche“ geworden. Der Verbindungsmann zwischen der Nazi- und den blaublütigen aristokratischen neuen „Arbeiterparteimitgliedern“ ist der Herzog von Coburg, der selbst aktiver Förderer der Nazi-Partei ist.

Es kann gar kein Zweifel mehr bestehen, daß die von „hohem Geschlecht“ abstammenden Adelsträger sich deshalb zu Hitler hingezogen fühlen, weil sie dort am besten projektieren können. Was hat aber dann die Bezeichnung nationalsozialistische Arbeiterpartei für einen Sinn? Doch nur den, jeden Arbeiter, der es noch nicht begriffen hat, daß er in diesem Parteienjammelfurium nichts zu suchen hat, weiter bei der Stange zu halten. Es ist ein eigenartiger „Sozialismus“, für den Hitlers Fürsten, Herzöge, Grafen und Barone eintreten!

Lumpchen

Von Erik Juel.

Rue de Lappe ist eine wenig bekannte Straße. Sie führt ihr lichtscheues Dasein im finstersten Paris, versteckt sich draußen im Bastillenviertel, ist nur klein, aber birgt viele und vieles. An jeder Straßenecke sind zwei Polizisten postiert. Rue de Lappe ist keine Fremdenverkehrsstraße, zurechtgemacht, um die Nerven der Besucher mit Sensationen zu erschüttern. Hier ist das Laster echt. Ich möchte keinem Neugierigen raten, sich in die Rue de Lappe zu begeben.

In einem der kleinsten Lokale saß Lumpchen. Sie saß dort ganz still, stundenlang, ohne sich zu rühren, ohne den Gästen des Lokals ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Lumpchen gehörte bereits zur alten Garde. Sie hatte mindestens zehn Jahre ihres Lebens in diesem schäbigen, verräucherten Lokal zugebracht. Man hatte sich nach und nach an sie gewöhnt. Die Gäste kannten sie und respektierten ihre Zurückhaltung. Versuchte der eine oder andere, sich ihr zu nähern, so rückte sie nur ein wenig an die Wand. Begriff man nicht gleich, daß sie in Ruhe gelassen werden wollte, so wurde sie rabiat und schlug um sich. Wehe dem, den sie traf! Lumpchen hatte nicht ihr Lebenlang in der Rue de Lappe gehaust. Der Wirt hatte sie mitsamt ihrem Bauer in der Rue Daval aus dem Nachlaß der Marie Busson erworben, die vor ungefähr 10 Jahren ermordet worden war.

Damals war Lumpchen ein lebhafter Vogel, der den lieben langen Tag plapperte und schrie. Deshalb hatte der Wirt Lumpchen zur Unterhaltung seiner Gäste gekauft. Sie konnte manche lustigen und witzigen Wendungen sagen, die Marie Busson und ihr Umgangskreis sie gelehrt hatten. Das letzte, was Lumpchen geäußert hatte, war jedoch: „Schöne mich — schöne mich — Jim!“ schrie sie den Gästen, indem sie Marie Bussons jämmerlich flehende Stimme nachahmte. Lumpchen war die einzige Zeugin in der Mordsache Marie Busson gewesen. Als das junge Weib sich mehrere Tage lang

nicht auf der Straße gezeigt hatte, riefen Lumpchens Schreie durch das offene Fenster die Nachbarn herbei. Man sprengte die Tür und fand Marie Busson tot und übel zugerichtet auf. Das alles steht genau im Rechtsprotokoll des 11. Bezirks verzeichnet. Der Mord erregte natürlich Aufsehen. Aber er war und blieb ein Rätsel. Die Akten wurden beiseite gelegt. Man beobachtete eine Zeitlang Lumpchen, aber über die paar Worte hinaus „Grace — grace — Jim!“ ließ sie nichts verlauten.

Jim, das war also das einzige, was man wußte. Das mußte ein Fremder sein. Ein Amerikaner, Engländer oder gar ein Neger, der Marie Busson ermordet hatte. Schließlich kam Lumpchen auf die Auktion, wo sie der Wirt aus der Rue de Lappe kaufte. Der ewige Schrei: „Schöne mich — schöne mich — Jim!“ sollte eine Attraktion werden — aber von dem Augenblick an, da Lumpchen ins Lokal kam, schwieg sie. Selbst Bananen, Zucker und Feigen blieben wirkungslos. Wenn man die kleine Tür ihres Bauers öffnete, kletterte sie auf die Spitze des Drahtgeflechts, wo sie sitzen blieb. Mit ihren runden, gelbgrünen Augen starrte sie vor sich hin, ließ dann und wann die bunten Federn durch den krummen Schnabel gleiten oder nagte bald an dieser oder jener Klaue.

Das Lokal lag zu ebener Erde. Es war niedrig, und die Wände waren von schmutziggroter Farbe. Der Wirt servierte selbst. Abends hatte er jedoch einen Kellner zur Hilfe, denn es war nicht ganz ratsam, allein zu sein.

Eines Abends war die Kneipe gedrängt voll. Dort saßen junge Flapser von schäbiger Eleganz mit Ringen aus unechtem Metall und grellbunten Steinen. Einige hatten leuchtende Tücher um den Hals gebunden und flache Mützen auf den Kopf gesetzt. Andere markierten mehr den Gentleman. Dazwischen saßen heunagefärbte und schwarze Frauen. Da waren Frauen zwischen 40 und 50, und solche, die noch Kinder an Jahren, aber schon raffiniert und erfahren waren. Dort saßen ganz alte Weiber auf mondän zurechtfrisirt, mit heiseren Stimmen, lack-

roten Mündern und stumpfen Augen, umrahmt von harten, künstlichen schwarzen Linien und Brauen.

Lumpchen saß wie immer, gleichgültig gegen ihre Umgebung, in ihrem Bauer. Sie zog die feine Haut fast ganz über das gelbgrüne Auge, sah nur, was sie sehen wollte, stocherte mit dem krummen Schnabel in den Federn herum, schüttelte sich, als ekelte die Welt sie an, und verfiel dann wieder in apathischen Gleichmut. Nur wenn die Tür zur Straße sich für neue Gäste öffnete, glitt die Haut ein wenig von ihrem Auge.

Es war ein Sonntagabend. In dem kleinen, niedrigen Lokal war ohrenbetäubender Lärm. Die Gäste strömten ein und aus. Plötzlich klang es schrill kreischend und zugleich jämmerlich bettelnd durch den Radau: „Schöne mich — schöne mich — Jim — schöne mich!“ Lumpchen streckte den Hals beängstigt — schrie und kreischte, schlug heftig mit den Flügeln und bettelte: „Jim — schöne mich — schöne mich.“ Dann schwieg sie. Eine dunkle Hand hatte den Kopf des Vogels mit raschem Griff umklammert — und Lumpchen einige Male durch die Luft geschleudert. Der tote Körper des Vogels fiel zu Boden. Der große Neger mit dem gewürfelten Schlips war aschgrau geworden und bebte am ganzen Körper. Im Lokal war es ganz still — ganz still — nur das Grammophon krächzte noch einige Takte — dann verstummte es ebenfalls.

Der kleine Kellner war unbemerkt durch das Hinterfenster verschwunden. Der Wirt versuchte aufs neue, Leben in die Bude zu bringen. Ahnte er, was vorgefallen — wollte er vor allen Dingen seinen Gast schonen? Er öffnete die Tür zur Straße. Der große Neger begriff und war mit einem katzenhaften Satz draußen. Der Ausgang war aber bereits von vier uniformierten Polizisten gesperrt. Wie ein wildes Tier schlug der Schwarze auf sie los. Er tobte mit der Stirn, mit den Schultern, mit den Fäusten, bis ein schwerer Schlag ihn lähmte.

Nach zehn Jahren hatte man den Mörder der Marie Busson ergriffen.

(Aus dem Dänischen von Marieluise Henniger.)